Nr. 205 • Einzelpreis 10 Pfennig

Dienstag, 2. September 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile b. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44, Fernruf 4805. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Deutschland und der Völkerbund.

Die fünfte Völkerbundstagung

Die Eröffnungssitzung.

Genf, 2. September. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montagvormittag um 11 Uhr wurde im Saale der Reformation die fünfte Völkerbundstagung eröffnet. Der belgische Außenminister Hymans eröffnet als vorläufiger Vorsitzender die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache, in deren Verlauf er u. a. eine Uebersicht der Arbeit des Völkerbundes gibt. „Unsere jetzige Tagung", so führte er aus, „beginnen wir unter günstigen Vorzeichen. Die Londoner Konferenz bedeutet den Beginn einer Verständigung Europas, die das Reparationsproblem in günstiger und gerechter Weise regeln wird. Aber ein anderes Problem besteht weiter und quält die Staaten, die am meisten unter dem Krieg gelitten und die sich am meisten im Falle eines Krieges bedroht fühlen. Das ist das Sicherheitsproblem. Europa will nicht mehr in der Ungewißheit leben und man muß dem Frieden eine feste juristische und politische Struktur geben. Man muß ein ständiges Regime der Sicherheit und des Friedens schaffen. Der materiellen Abrüstung muß die moralische Abrüstung vorausgehen. Der Geist eines blinden Hasses und des Nationalismus muß verschwinden. Bekränzen wir die Gräber der Toten, ehren wir das Andenken der zahllosen Märtyrer, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben, aber arbeiten wir auch mit allen unseren Kräften daran, die Welt vor der Wiederkehr von Katastrophen zu schützen, und auf solidarischer Grundlage die Herrschaft des Rechtes und die Herrschaft der Treue zu den Verträgen zu errichten." (Stürmischer Beifall.)

Die Rede fand die einmütige Zustimmung der Versammlung, die dann eine achtgliedrige Mandatsprüfungskommission wählte.

In der Nachmittagsitzung, deren Eröffnung kurz nach 4 Uhr erfolgte, wurde zunächst der schweizerische Bundesrat Motta mit 45 von insgesamt 47 Stimmen zum Präsidenten der fünften Völkerbundstagung gewählt. Das ist die größte Stimmenzahl, die bisher für einen Präsidenten der Völkerbundstagungen abgegeben wurde. Motta nahm die Wahl mit Dank an und führte aus: Der Unterschied zwischen dem Völkerbund von 1919 und dem Völkerbund von heute ist auffallend. Der Friedenswille fängt an in Europa mächtig zu werden, der Völkerbund hat sein Bestes dazu getan. Es darf in Zukunft nicht mehr Sieger und Besiegte geben. Dem Schiedsgerichtsverfahren gehört die Zukunft. Unsere Kinder werden einst in einer Atmosphäre der Ruhe und Sicherheit leben, wenn wir unsere Pflicht tun. Der Völkerbund muß der Mittelpunkt der europäischen Solidarität werden. (Fortgesetzter langanhaltender Beifall der ganzen Versammlung.)

Die Versammlung setzte dann sechs Kommissionen ein, die die wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen, technischen, politischen und die Abrüstungsfragen prüfen sollen. Die Kommissionen werden am Dienstagvormittag zum ersten Male zusammentreten. Am Mittwoch wird die Versammlung den Rechenschaftsbericht des Sekretariats und des Rates entgegennehmen.

Genf, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Als Beobachter der amerikanischen Regierung nimmt General Bliß an den Beratungen des Völkerbundes teil.

Krieg dem Kriege!

Ein amerikanischer Entwurf für die Völkerbundstagung.

Genf, 2. September. (Eig. Radiomeldung.)

Die Antwort der italienischen Regierung auf den Entwurf des Garantiepaktes, die inzwischen in Genf eingegangen ist, stimmt dem Grundgedanken eines allgemeinen Paktes zu, lehnt aber regionale Sonderverträge ab, wie sie in dem Plane des Völkerbundes vorgesehen sind.

Ueber den amerikanischen Entwurf eines Vertrages zur Ungesetzlichkeitserklärung des Angriffskrieges sind jetzt nähere Einzelheiten bekannt geworden. Er erklärt in seinen beiden ersten Artikeln den Angriffskrieg für ein „internationales Verbrechen", dessen jeder Staat schuldig gesprochen werden solle, der für andere Zwecke als die der Verteidigung in den Krieg zieht. In Artikel 4 erklären die vertragschließenden Parteien feierlich, daß jede Angriffshandlung, auch wenn sie nicht zum Kriegszustande führt, und jede Vorbereitung zu einem solchen Angriff in Zukunft durch das internationale Recht als verboten anzusehen sei. Als Vorbereitung zum Angriff soll der Artikel 5 u. a. auch bei Fehlen des Kriegszustandes jede allgemeine oder teilweise Mobilisation betrachten. Jeder Unterzeichner des Vertrages hat das Recht, jeden Fall von Verletzung des Abkommens dem internationalen Gerichtshof zu übergeben. Wer es ablehnt, sich der Rechtsprechung des Gerichtshofes zu unterwerfen, soll als Angreifer nach den Bestimmungen des Vertrages gelten. Der Gerichtshof soll nach Artikel 7 auch über vorläufige Maßnahmen zur Wahrung der Rechte jeder Partei befinden. Die in den Artikeln 8 und 9 vorgesehenen Sanktionen des Völkerbundes findet man in Artikel 16: wirtschaftliche, finanzielle und Handelsblockade gegen das angreifende Land bzw. seine Staatsangehörigen. Die Dauer der Sanktionen soll ebenfalls vom internationalen Gerichtshof bestimmt werden. In einem dem Entwurf eingefügten Artikel 12 erkennen die vertragschließenden Parteien an, daß übertriebene Rüstungen eine Kriegsdrohung darstellen. Sie kommen überein, an der ständig beratenden Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die von der fünften Völkerbundsversammlung eingesetzt werden wird.

*

Von unserem Genfer Korrespondenten wird uns über die Bedeutung der gestern eröffneten Tagung des Völkerbundes geschrieben:

Allzu lange sind wir Deutsche schon Zuschauer der Genfer Tagungen und auch dieses Mal sind wir nicht dabei. Aber wenn wir in früheren Jahren unter der doppelten Last schwerer Erschütterung und äußerer Bedrängnis gleichgültig oder obtemperierend Völkerbunde zusahen, dessen Dasein belanglos schien für das ungeheure Geschehen der letzten Jahre, so hat sich hier ein entscheidender Wandel vollzogen, der zunehmendes Verständnis und gerechtere Würdigung dieser internationalen Institution bedeutet.

Wir denken dabei mehr an einen Völkerbund, der werden soll, als an den, der bereits ist. Wir wissen, daß auf dieser Tagung keine Wunder geschehen können und wir nur gut daran tun, unsere Hoffnungen nicht zu weit zu setzen. Gewiß hat die jetzige Tagung eine unvergleichlich größere Bedeutung, als alle früheren Sitzungen. Man wird nicht mehr wie sonst alle wirklich entscheidenden größeren politischen Fragen zurückstellen oder sie im Schoße der Kommissionen begraben, man wird dieses Mal endlich das eine große Problem zur Sprache bringen, das für Europa Schicksal bedeutet: Abrüstung der Nationen und Sicherheitsgarantie. Täuschen wir uns nicht, diese „internationale" Frage ist in Wahrheit eine Frage der Großmächte England und Frankreich. Deutschland spielt dabei die Rolle des Mannes, der den Kopf hinhalten muß, wenn die andern beiden harte Bälle werfen. Kommen sie zu einem Akkord, so kann man anfangen zu hoffen, wenn nicht, ist das Chaos unvermeidlich.

Abrüstung und Sicherheit, beide sind nicht von einander zu trennen. Kein Staat wird abrüsten wollen ohne Garantie gegen feindlichen Ueberfall, und deshalb mußte auch der Garantiepakt des Völkerbundes scheitern, der preußisch genommen nur neue Machtgruppierungen und ihr gegenseitiges Ausspielen bedeutet hätte, ganz abgesehen von den unübersehbaren Konflikten, in die besonders die kleinen und neutralen Staaten durch ihre Teilnahme an diesem Defensivbündnisse gedrängt worden waren. Sicherheit kann auch nicht jener mehr als einseitige Zustand bedeuten, wie ihn Poincarés Staatskunst schuf, der ein geschwächtes und entwaffnetes Deutschland durch bewaffnete Wärterstaaten gernieren ließ, auch jener Plan der „entmilitarisierten Zonen" im Rheinlande, der hinter diese luftleeren Räume freie Hand für beliebige Rüstungen ließ, konnte kein günstiges Ergebnis bringen, denn es war Diktat von Interessenten, deren Motive, Mißtrauen und Haß waren. Es bedurfte erst jener grundsätzlichen Wandlung der europäischen Mentalität im Geiste neu beginnenden Vertrauens, um überhaupt das Problem der europäischen Sicherheit sachlich zur öffentlichen Debatte stellen zu können. Der 11. Mai in Frankreich und die Londoner Konferenz haben den Anfang gemacht; jetzt soll der Völkerbund folgen, denn er kann nur das sein, was Europa und die andere Welt aus ihm machen.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der Völkerbund den Eintritt Deutschlands wünscht und — braucht. Er mußte mit Notwendigkeit zu dieser Einstellung kommen, je mehr er von einem ursprünglichen politischen Instrument der Siegerstaaten zu einem wirklichen übernationalen Organ wurde. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen, und seine komplizierte Zusammensetzung zwingt den Völkerbund zu einem langsamen und behutsamen Vorgehen, das ein billiges Objekt des Spottes aller Extremisten ist. Aber gerade diese langsame Entwicklung bürgt für sein sicheres Werden. Deutschlands Eintritt wird ihm viel zu der Geschlossenheit verhelfen, die die erste Voraussetzung für seine endliche Wirksamkeit ist. Aber nur als gleichberechtigtes Mitglied kann Deutschland diesen Schritt tun. Es handelt sich dabei nicht um Prestigefragen, die hierfür belanglos sind, es ist dies ganz einfach die endgültige internationale Anerkennung der jungen deutschen Demokratie, die ehrlich mitarbeiten will am Werke der europäischen Konsolidierung, aber nicht unter Zwang, sondern frei von Bevormundung und unerträglichem Druck politischer Berechnungen, für die es nur Objekt ist.

Man kann heute noch nicht all diese Fragen vor das Forum des Völkerbundes bringen. Eine deutsch-französische Diskussion über Kriegsschuldfrage oder beliebte Gebiete würden z. B. den Völkerbund einfach sprengen. Er verträgt solche Belastungsproben noch nicht, wenigstens nicht eher, als sich die großen Mächte auf eine Formel geeinigt haben, die sie und den Völkerbund leben läßt.

Deutschland aber muß inzwischen die Entwicklung vom Jahre 1919 bis heute begreifen lernen. Damals wurde der „Bocke" in Versailles als Verbrecher und Ausgestoßener behandelt, und auf der Gründungstagung des Völkerbundes als Mitglied für „unwürdig" erklärt. Heute, nach vier Jahren, erleben wir die erste Sitzung eines Völkerbundes, der im Zeichen ehrlicher Verständigung die großen Probleme zu meistern versuchen wird und Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied aufnehmen will. Möge das deutsche Volk diese Entwicklung verstehen, denn mit ihm hat Europa in diesen letzten Jahren gelitten und vielleicht auch für immer — gelernt.

Die Franzosen ziehen ab.

Beginn der Ruhrräumung.

Militärische Vorbereitungen. • Befreiung angeklagter Kommunisten.

Paris, 1. September. (WTB.)

Havas teilt mit: Das Ministerium des Aeußern hat dem General Degoutte Weisungen erteilt, damit dieser die militärische Räumung der Zone Dortmund—Hörde und der Gebiete, die außerhalb des am 11. Januar 1923 besetzten Ruhrgebietes liegen, vorbereite.

Wiesbaden, 1. September. (WTB.)

Auf Befehl des französischen Kriegsministers sind 25 Kommunisten, die wegen angeblicher antimilitaristischer Propaganda bereits vor dem Kriegsgericht Wiesbaden standen, auf freien Fuß gesetzt worden.

Dortmund, 2. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Befehl der französischen Regierung an den General Degoutte zur Vorbereitung der militärischen Räumung der Zone Dortmund—Hörde und der Gebiete, die außerhalb des am 11. Januar 1923 besetzten Gebietes liegen, hat hier allgemeine Genugtuung hervorgerufen. Vorläufig ist aber von seiner Ausführung noch nicht viel zu bemerken. Das wird zum Teil darauf zurückgeführt, daß der Befehl von dem Oberkommandierenden in Düsseldorf noch nicht weitergegeben wurde, vielleicht auch nicht sofort weitergegeben werden konnte, weil die Abmarschregeln noch nicht festgelegt sind. Man sollte annehmen, daß die Besatzungsbehörde dazu inzwischen reichlich Zeit gehabt hätte.

Im Zentrum des Ruhrgebietes gibt es bereits eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, die auf den langsamen Abbau der Besatzung schließen lassen. Das Personal der technischen Kommission ist stark herabgesetzt worden. Am 3. September wird der „Französische Nachrichtendienst" für das besetzte Ruhrgebiet sein Erscheinen einstellen. Das Blatt ist anderthalb Jahre erschienen und hatte den Zweck, der Bevölkerung Mitteilungen über Vorkommnisse im Ruhrgebiet im Sinne Poincarés zu geben. Die Auflage des Organs betrug 100 000.

Die Fristen laufen.

Feststellung der Fristen durch die Reparationskommission.

Paris, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kriegslastenkommission hat am Montagvormittag die Mitteilungen von der Annahme der zur Durchführung des Dawes-Planes erforderlichen Gesetze durch den Reichstag und ihrer Verkündigung durch die Reichsregierung an die Reparationskommission gelangen lassen. Diese ist nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, um von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen und um die nach Artikel 3 des Anhangs 3 zum Schlußprotokoll der Londoner Verhandlungen erforderliche „erste Feststellung" zu vollziehen. Somit laufen von Montag, den 1. September, an die im Dawes-Plan für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands mit der Ruhr und dem rheinischen Gebiet festgesetzten Fristen.

Die neue Organisation der Reichsbahn.

Am 7. Oktober Uebernahme durch die Reichsbahngesellschaft.

Elberfeld, 2. September. (WTB.)

Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion über die Liquidation der Regie wird vom 7. Oktober an der Betrieb aller jetzt von der deutschen Reichsbahn betriebenen Strecken auf die neue deutsche Reichsbahngesellschaft übergehen. Vom 22. Oktober an werden die jetzt von der Regie betriebenen Strecken für Rechnung der Gesellschaft unter dem Eisenbahn-Organisationskomitee betrieben werden. Die tatsächliche Uebergabe der Regie an die deutsche Gesellschaft wird unter Aufsicht des Organisationskomitees Schritt für Schritt vorgenommen und soll binnen sechs Wochen beendet sein. Die deutsche Verwaltung ist in der Lage, die Regiebahnen sofort in eigenen Betrieb zu übernehmen. Sie wird alles daransetzen, die Uebernahme zu beschleunigen.

Koblenz, 2. September. (Eig. Radiomeldung.)

Heute werden hier die technischen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reiches hzw. der Länder mit der Rheinlandkommission beginnen, wie sie bekanntlich in London vereinbart wurden. Sie haben hauptsächlich den Zweck, die Vorbereitungen zur Rückgabe der Eisenbahnen, überhaupt des Staatseigentums zu treffen. Die Verhandlungen dürften voraussichtlich vier Wochen in Anspruch nehmen.

Das Ende des Separatismus.

Der Zentralausschuß der sogenannten „Rheinischen Arbeiterpartei" ist berufen und auf der französischen Delegation von Staatsanwalt Gellin empfangen worden. Dieser eröffnete den Erschienenen, daß die „Rheinische Arbeiter"-Partei sofort aufzulösen sei. Die Auflösung müsse vollständig und restlos mit sofortiger Wirkung geschehen; die Partei dürfe auch unter anderem Namen nicht wieder auftreten. Die Mitglieder der Zentralleitung würden für die strenge Durchführung der Anordnung haftbar gemacht werden. Die einzelnen Ortsgruppen-Führer haben daraufhin bereits mit der Durchführung der Auflösung begonnen, indem sie die Mitgliederausweise einziehen und vernichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409021-14/fragment/page=0001

Deutschnationale Nöte.

Wie sag ich's meinem Kinde?

Zu dem deutschnationalen Umfall wird von der deutschnationalen Parteileitung eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

„In der Beurteilung des Londoner Abkommens, der Notwendigkeit seiner Verbesserung, der Gefahren eines drohenden Linkskurses sind alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion einig. Bei dieser gemeinsamen Grundauffassung haben die Abgeordneten, die mit Nein stimmten, dem Gedanken der Unvollkommenheit der Londoner Ergebnisse und der wirtschaftlichen Untragbarkeit der Abkommen den Vorrang gelassen, während die Ja-Stimmen auf die Erwägung zurückgingen, daß durch das Vermeiden einer akuten Krise durch Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung und durch Einflußnahme auf die Durchführung der Gesetze im Sinne einer stetigen Verbesserung der außenpolitischen Notwendigkeiten genügt werde. Die Fraktion, die keinerlei Fraktionszwang ausgeübt hat, sieht den Mißdeutungen ihrer Gegner mit Ruhe entgegen."

Was soll das Gerede? Die Deutschnationalen haben mit Anträgen allerhand Veränderungen der Dawes-Gesetze gefordert, ohne damit durchzudringen! Sie haben den Londoner Pakt einen Verrat am deutschen Volke genannt. Das Volk weiß Bescheid und wird dieses kindische Gerede entsprechend würdigen.

Die fehlenden Hungerzöllner.

Die Deutschnationalen haben ihren Reinfall bei der Zollvorlage der Bummelei ihrer Abgeordneten zu verdanken. Zwanzig dieser Herren waren vom Umfall so erschüttert, daß sie schon am Sonnabend sich selbst Ferien genommen hatten. Wahrscheinlich hatten sie nicht mit der Obstruktion der Sozialdemokratie gerechnet. Die 20 Namen lauten: Bazille, Biener, Geisler, Gok, Hartmann, Hartwig, Hergt, Dr. Hoetzsch, Dr. Mönne, Körner, Lind, Martin, Frau Mueller-Otfried, Neuhaus (Düsseldorf), Rippel, Dr. Strathmann, Treviranus, Graf v. Westarp, Wischnövski, Wolf (Stettin).

Das Geschäft auf Gegenseitigkeit läßt sich für die Deutschnationalen wenig gut an. Wenn sie sich in Sachen Bürgerblock ähnlich geschäftstüchtig verhalten, dann kann es gut werden.

Deutschnationale und Kommunisten.

Treu und fest in der Einheitsfront.

Die Kommunisten ereiferten sich nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstage am schärfsten gegen die umgefallenen Blockbrüder auf der rechten Seite des Hauses. Bis zur Abstimmung hatte man, gewollt oder ungewollt, immer an dem gleichen Strang gezogen, so daß der Deutschnationale Quaatz erklären konnte, **der kommunistische Redner Dr. Rosenberg habe bereits alles ausgeführt, was er als Beauftragter der Deutschnationalen zu sagen habe.** Nachdem sich der Unmut wegen des Umfalles der deutschnationalen Blockgenossen gelegt hat, wütet die kommunistische Presse über die Einheitsfront, die das Eisenbahngesetz zur Annahme brachte. Das war nur möglich, indem die Deutschnationale Partei 50 Mann abkommandierte, von denen der „Vorwärts" berichtet, daß sie vorher ausgelost worden seien. **Die Zweidrittelmajorität wurde infolgedessen nur hergestellt, indem die Deutschnationalen den dornenreichen Weg nach Damaskus gingen.**

Die Kommunisten haben während der Verhandlungen über die Dawes-Gesetze mit Aufbietung aller Lungenkraft die Gefährlichkeit derselben für die deutsche Arbeiterklasse aufzuzeigen versucht, und nachdem sie alle Register gezogen hatten, hätte man annehmen müssen, daß die kommunistische Fraktion wie ein Mann gegen die Annahme des Eisenbahn-Gesetzes votiert hätte. Der Reichstag zählte am Tage der Abstimmung insgesamt 466 Mitglieder, 438 gaben gültige Stimmkarten ab, infolgedessen fehlten bzw. gaben ungültige Stimmen ab insgesamt 28 Mitglieder. Davon waren 10 durch Inhaftierung oder Ausschluß dem Reichstag ferngehalten. Zu dem übrigbleibenden Kontingent der **18 fehlenden Mitglieder stellte die kommunistische Fraktion nicht weniger als acht.** Nicht gestimmt haben folgende kommunistische Abgeordnete: **Ebner, Ruth Fischer-Golke, Heckert, Dr. Herzfeld, Heym, Strötzel** (Leipzig), **Thälmann, Klara Zetkin.** Demzufolge fehlten von der gesamten kommunistischen Fraktion, die 62 Mitglieder umfaßt, nicht weniger als 17, also **ein Viertel der Abgeordneten.**

Bei der entscheidenden Abstimmung brachten es demzufolge trotz allen Geschreis acht Kommunisten fertig, vollständig fernzubleiben, woraus sich ergibt, daß **auf der rechten und linken Seite des Hauses lebhaft abkommandiert wurde. Die Einheitsfront zwischen den Kommunisten und den Deutschnationalen hält demzufolge noch immer fest.** „L. B."

Ein deutschnationales Hetzorgan verboten. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat gemäß dem Gesetze zum Schutze der Republik die Zeitung „Ostpreußisches Tageblatt" in Insterburg auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Artikels: „Fritz Ebert".

Das „jüdische Tannenberg".

Eine neue Rüpelei Ludendorffs.

Von Ludendorff weiß ein Berliner Mittagsblatt zu berichten, daß er den Admiral Brüninghaus nach der Abstimmung über die Gesetze am Freitag in folgender Weise angehaucht hat:

„Es ist eine Schande für Deutschland. Ich habe vor zehn Jahren Tannenberg gewonnen. Sie haben heute das jüdische Tannenberg gemacht." Worauf sich Brüninghaus mit den Worten abgewendet habe: „Darüber wird die Geschichte entscheiden."

Die Rechtspresse sucht die Ludendorffsche Rüpelei zu bemänteln, indem sie behauptet, der Vorgang habe sich anders abgespielt. Eine Schande für Deutschland ist es allerdings, nicht daß Brüninghaus für die Gesetze gestimmt hat, sondern daß ein Ludendorff im Parlament Abgeordnete wie Rekruten behandelt. Daß er sich nebenbei noch als Sieger von Tannenberg brüstet: „Ich habe vor zehn Jahren Tannenberg gewonnen", während die Patentpatrioten aller Schattierungen Hindenburg als Sieger feierten, zeigt seinen Größenwahn aufs neue. Doch das mögen die Patrioten mit ihm ausmachen. Viel interessanter ist, warum er den „Großadmiral" Tirpitz nicht angeschnauzt hat, der doch auch für das Eisenbahngesetz und damit für das jüdische Tannenberg gestimmt hat.

In der Zwickmühle.

Vorzeitige Einberufung des Thüringer Landtages.

Weimar, 2. September. (Eig. Drahtbericht.)

Auf Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten tritt der Thüringische Landtag, der seine Beratungen erst Ende September aufnehmen sollte, schon am kommenden Freitag zusammen. Gegenstand der Besprechung wird die Haltung der thüringischen Regierung zum Sachverständigengutachten sein.

*

Die thüringische Regierung lebt bekanntlich von der Unterstützung der Deutschvölkischen, die das Sachverständigengutachten restlos abgelehnt haben und die Annahme der sich aus ihm ergebenden Gesetze im Reichstag mit anhaltenden Pfui-Rufen beantworteten. Dagegen hat der thüringische Ministerpräsident bei den entscheidenden Abstimmungen im Reichstag sämtlichen Gesetzen und Vereinbarungen mit den Alliierten seine Zustimmung gegeben. Herr Leutheußer gehört also nach der Auffassung der Deutschvölkischen auch zu jenen „Deutschen", die unser Volk in die „Versklavung" geführt haben. Aber wir sind überzeugt, daß sie ihn trotzdem weiterhin unterstützen, denn konsequent sind diese Helden nur in Worten und nur solange, als es sie selbst keine Opfer kostet.

Die Thüringer Festseuche.

Weimar, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die thüringische Regierung läßt bekanntmachen, daß sie beabsichtigt, die **Handhabung des Ausnahmezustandes strenger als bisher durchzuführen.** Es sei im letzten Vierteljahr in Thüringen eine Festseuche ausgebrochen, die nur durch die vorhandene politische Spannung verschärft werden könne. Außerdem käme hinzu, daß so viele Kundgebungen eine Ueberanstrengung der Landespolizei zur Folge hätte, weil sie sich fast jeden Sonntag im Alarmzustand befinde. Der Grundsatz des Ausnahmezustandes, daß **jede Versammlung unter freiem Himmel und jeder Umzug verboten** ist, soll ab 7. September durchgeführt werden. Ausgenommen sollen nur sportliche Veranstaltungen und Trauerzüge sein. Die thüringische Regierung ist hier also die gleichen Wege gegangen wie Bayern. In Zukunft werden also nur noch Veranstaltungen der Nationalisten stattfinden, denn diese sind doch von vornherein „unpolitisch".

Kommunistische „Arbeiterführer".

Iwan Katz.

Neben Ruth Fischer und Werner Scholem ist Iwan Katz heute der Führer der pöbelnden kommunistischen Reichstagsfraktion. Außer dieser parlamentarischen Tätigkeit ist er Redakteur des kommunistischen Parteiblattes in Hannover. Seine „Prinzipienfestigkeit" wird durch dauernde Schimpfreden täglich aufs neue erwiesen. Und doch ist es nur einem Zufall zu danken, daß dieser „Vorkämpfer des Proletariats" nicht als Redakteur in einem Blatte der Bourgeoisie versumpft oder gar Syndikus eines Unternehmerverbandes geworden ist. Anstrengungen, um zu diesem Ziele zu gelangen, hat er genugsam gemacht, und das kam so:

Iwan Katz hatte nach Beendigung seiner Studien als eine Art Bohème-Natur sich jeder Arbeit möglichst respektvoll ferngehalten, daneben aber für den Hannoverschen „Volkswillen" gelegentlich Theaterkritiken und dergleichen geschrieben. Als nun im Oktober 1910 das Partei- und Gewerkschaftshaus „Solidarität" in Hannover errichtet und gleichzeitig eine Arbeiterbibliothek mit hauptamtlich bestelltem Bibliothekar und eine Parteibuchhandlung eingerichtet wurde, hielt Katz es für angezeigt, sich für diese beiden Neueinrichtungen empfehlend in Erinnerung zu bringen. Die hannoverschen Genossen, die über die Besetzung der Stellen zu entscheiden hatten, befanden aber Katz als zu leicht, so daß seine Hoffnung, ein „Bonze" werden zu können, ins Wasser fiel. Aus Aerger über diese Tatsache schrieb er den folgenden Brief an einen von Hannover verzogenen Bekannten:

Hannover, den 10. Dezember 1910.
Edenstraße 37. D.

Mein lieber ....! Zunächst einige Ueberraschungen: Iwan Katz ist weder Bibliothekar noch Buchhändler geworden, er hat desgleichen zum 1. Januar seinen Mitarbeiterposten am „Volkswillen" gekündigt, ist aus dem Jugendausschuß auf eine erbärmliche Weise hinausbugsiert worden, wird heute nachmittag seinen **Austritt aus der Gewerkschaft** und nächster Tage dito aus **der Sozialdemokratischen Partei** vollziehen. In dieser Woche wird besagter Iwan Katz dagegen aus dreien ein Amt zu wählen haben:

1. der „Hannoversche Anzeiger" bietet ihm mit 3000 Mark einen Redakteurposten für „Sozialpolitik und Arbeiterbewegung"; 2. das „Hannoversche Tageblatt", durch seinen Onkel davon verständigt, bietet ihm den gleichen Posten und hat ihn zu einer Vorbesprechung mit Redakteur-Ensemble und Verleger zum Dienstag eingeladen; 3. der **„Verband der Brauereien" bietet ihm mit 3600 Mark Anfangsfixum den Posten als Syndikatssekretär nebst reichlichen Spesen, in Summa zirka 4500 Mark netto,** welch letzteres dieser Ueberläufer allerhöchstwahrscheinlich annehmen wird.

(Folgt eine lange Schimpferei über den Jesuitismus, die Diktatur und die Prätorianergarde Leinerts, über Brey und andere Genossen.) Ihr (gez.): Iwan Katz.

Der Größenwahn dieses Mannes spricht aus jeder Zeile dieses an einen Freund geschriebenen Briefes. Er redet von sich nur in dritter Person: „Iwan Katz der Große!" Warum alle seine Pläne, zum „Lakaien der Bourgeoisie" zu werden, nicht zum Erfolg führten, entzieht sich unserer Kenntnis. Zweifellos hätte der große Iwan als Syndikus des Brauereiverbandes eine ebenso glorreiche Rolle gespielt wie als „Vertreter der proletarischen Interessen" auf der Land- und Reichstagstribüne. Freilich, die Brauereigewaltigen hätten ihn sicher wegen seiner Anmaßung bald an die Luft gesetzt, wie er ja auch von den hannoverschen Sozialdemokraten rechtzeitig kaltgestellt worden ist. Aber bei den Kommunisten kann „besagter Iwan Katz" eine Heldenfigur darstellen, was für die geistige Höhe der Kommunistischen Partei ein beschämendes Zeugnis ist.

Die „Reinigung" geht weiter.

Wegen parteischädigenden Verhaltens und „sozialdemokratischer Spitzelei" in der KPD. wurde der Pirnaer kommunistische Stadtverordnete Renz aus der KPD. ausgeschlossen. Andere Pirnaer kommunistische Größen sind wegen ähnlicher „Vergehen" mit einem „Wischer", verbunden mit „Bewährungsfrist", davongekommen.

Der allgemeine Rausschmiß geht also lustig weiter. Es geht wirklich urgemütlich zu bei unseren Moskowitern! Leute, die sich noch etwas eigenes Denken bewahrt haben und über Selbstachtung verfügen, fliegen oder werden gerüffelt, während die wortradikale Unfähigkeit Orgien feiert und sogar als Ankläger und Richter gegen ihre Parteigenossen auftreten darf.

Wie die Wiener „Rote Fahne" meldet, ist der Führer der Kommunistischen Partei in Oesterreich Karl Tomann auf einstimmigen Beschluß des kommunistischen Parteivorstandes „wegen schweren Disziplinbruches und unproletarischen Verhaltens" aus der Kommunistischen Partei Oesterreichs ausgeschlossen worden.

Die kommunistischen „Klassenkämpfer".

Bei den Wahlen zur Bezirksversammlung für die Amtshauptmannschaft Dresden wurden 18 Bürgerliche und 15 Vertreter der Linken gewählt, davon 14 SPD.- und 1 KPD.-Vertreter. Die Bürgerlichen haben einige Mandate gewonnen, weil in mehreren Gemeinden die KPD. weiße Stimmzettel, in einigen Orten sogar bürgerliche Stimmzettel abgegeben hat.

Bürgerkrieg in China

Paris, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Pariser Blätter veröffentlichen Nachrichten aus Schanghai und Hongkong, nach denen ein schwerer Kampf in der Nähe von Hongkong stattgefunden hat. **Die Zahl der Toten und Verwundeten ist nicht bekannt.** Trotz der Bemühungen der chinesischen und auswärtigen Handelskammern in Schanghai, einen Frieden zwischen den Aufständischen herbeizuführen, erwartet man in den nächsten Tagen schwere Kämpfe. In Schanghai sind bereits amerikanische Kreuzer eingetroffen. In Tscho-Fu wurden 80 Marinesoldaten gelandet, die die amerikanische Kolonie in Schanghai schützen sollen. In dieser Stadt sind aus dem Innern 200 europäische Missionare eingetroffen, die von schweren Plünderungen im Innern des Landes berichten.

Eine Havas-Meldung aus Washington besagt, daß infolge der andauernden Gespanntheit der politischen Lage in China drei Zerstörer und ein Kanonenboot nach Amoy bzw. Schanghai beordert worden sind.

Dreschgraf Pückler †. In einer Breslauer Klinik starb im Alter von 64 Jahren Graf Pückler von Klein-Tschirne, vermutlich an Gehirnsyphilis. Pückler, der sich selbst als „Dreschgraf" bezeichnete, ist der geistige Vater der Hitlergarden, er hatte einmal eine Garde von Bauernknechten ausgerüstet, um die Juden zu dreschen.

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von **Paul Täumel** (Halle).

1. Teil.

15 (Nachdruck verboten.)

Neuringh fühlte sich veranlaßt, kurz das zu schildern, was ihm plötzlich wie ein Blick über das ganze Weltrund aufgegangen war. Er tat das in einer so lebhaften Art, daß er von seinen eigenen Worten in gleicher Weise wie von der Wichtigkeit seiner Gedanken hingerissen wurde. Auch auf Heine übertrug sich etwas davon.

„Gewiß," meinte er schließlich, „es fehlt uns noch viel, wenn wir dem Unternehmer auf allen seinen Pfaden folgen wollen, sei es auch nur, um ihm in besserer Rüstung entgegenzutreten. Auch die Beherrscher der Industrie sind nicht die nichtstuenden Fettklötze, die stumpfsinnig den Profit verkonsumieren, der ihnen durch den Fleiß der Arbeiter zufließt, im Gegenteil, gerade wir erfahrenen Verbandsangestellten haben ja unter den Mitgliedern um Einsicht gerungen, Einsicht darum, daß auch die kapitalistische Wirtschaft sich noch weiter entwickelt und noch längst nicht am Ende ihres Lateins angelangt ist. Aber — wieviel Zeit glaubst du denn erübrigen zu können, wenn du es mit der Praxis deiner Kleinarbeit, zu der du durch das Vertrauen der Mitglieder berufen bist, ernst nimmst. Ich sage dir schon heute: Deine Arbeit wird dir so über den Kopf wachsen, daß du noch nicht einmal Sonntags in die Bücher und Zeitschriften einen Blick werfen kannst."

Neuringh war eben dabei, seinem Kollegen klarzumachen, daß es bei Strafe des Zusammenbruches eine Lebensnotwendigkeit für die Gewerkschaft sei, die notwendigen Arbeitskräfte und Mittel freizumachen für die Beobachtung des Gegners in allen seinen Absichten, nicht nur in bezug seiner Absichten auf die Arbeiterbewegung, als sie in dieser Auseinandersetzung durch das Schrillen des Telephons gestört wurden. Neuringh nahm den Hörer, es meldete sich der Vertrauensmann der Arbeiter eines kleineren Betriebes, der etwas außerhalb der Stadt lag. Er wollte wissen, ob Neuringh selbst am Telephon sei.

„Ja, hier ist Neuringh selbst."

„Sag' mal, wie steht es denn nun mit unserer Bewegung. Seit vierzehn Tagen hört man schon nichts mehr davon."

„Nun erlaube aber! Du weißt doch, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen jedem einzelnen Arbeitgeber von der Geschäftsstelle aus die Forderungen unterbreitet worden sind. Die Antworten sind noch nicht alle eingelaufen."

„Na, sollen wir vielleicht warten, bis es dem letzten der Herrschaften um Weihnachten herum gefällig ist. Macht mehr Dampf dahinter."

„Ach, nun werde doch nicht gleich so ausfallend. Heute läuft doch erst die Frist ab, die wir gestellt haben. Uebermorgen werden die Vertrauensleute dazu Stellung nehmen."

„Viel zu langweilig. Was hat denn unser Chef geantwortet?"

„Der? Noch gar nicht."

„Teufel noch mal! Den wollen wir aber hochnehmen. Du weißt doch, bis auf zwei alte Krauter sind wir hier alle organisiert, und der Inhaber der Firma ist nicht im Arbeitgeberverband. Ich mache folgenden Vorschlag: Wir machen heute abend Werkstattversammlung, morgen werden wir vorstellig bei unserem Arbeitgeber, und setzt er sich auf die Hinterbeine, dann legen wir übermorgen den Betrieb still. Einverstanden?"

„Nein. Vormucken gibt's hierbei nicht."

„Nanu, du bist wohl auch schon ein „Bremser" geworden?"

„Quatsch nicht! Das Bremsen überlasse ich der Bezirksleitung. Die besorgt das schon gründlich. Sie hofft ja sogar, ohne jeden Streik über die Bewegung hinwegzukommen."

„Oho, das gibt es nicht."

„Warum nicht, wenn die Unternehmer bewilligen?"

Hahahaha."

„Sieh mal an, du kannst ja noch recht herzlich lachen, also bist du noch vernünftig. Nun handle aber auch so. Darin bin ich mit dir einig, daß wir voraussichtlich ohne Kampf überhaupt nichts bekommen werden. Ich bin nicht so vertrauensselig wie die Bezirksleitung. Aber wenn es zum Ausstand kommt, dann auf der ganzen Linie, und alle Schritte müssen vorher gemeinschaftlich beraten werden. Also gedulde dich bis übermorgen und komme in die Sitzung."

„Ach, ihr seid langstielig. Ich komme!"

Damit war das Gespräch zu Ende. Es war nur eines der vielen ähnlicher Natur, die Neuringh in den letzten Tagen hatte über sich ergehen lassen müssen. Sie hatten ihn immer in eine frohe Kampfstimmung versetzt, auch wenn sein Gesprächspartner das Gegenteil von dieser Meinung gezeigt hatte. Heute jedoch wurde er die Nachdenklichkeit nicht los. Er hatte ein unbestimmtes Gefühl. Bestand nicht ein Mißverhältnis zwischen der Intensität, mit der alle Gedanken der Metallarbeiter nur um diesen einen bevorstehenden Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit kreisten, der doch nur ein winziger, verschwindender Ausschnitt aus dem großen dämonischen Weltproblem war, das der Urstoff Eisen aufrollte. Irgendwann mußte sich dieses Mißverhältnis unerfreulich bemerkbar machen.

Was half es aber! Vorläufig mußte seine augenblickliche Tätigkeit dieses Mißverhältnis voraussichtlich noch vergrößern. Zunächst mußte er diesen Kampf erfolgreich durchführen. Seine Strategie mußte sein, alles auf dieses zunächst erreichbare Ziel zu konzentrieren und mit Wissen und Willen das auszuschalten, was davon ablenken konnte.

So unterdrückte er auch seine, die ganze Welt abtastenden Gedanken und begann noch einmal die bis jetzt eingelaufenen Antworten der Unternehmer zu sichten. Wie zu erwarten, lauteten sie dem Sinne nach fast einheitlich dahin: Die Metallindustriellen lehnten es ab, mit außerhalb ihres Betriebes stehenden Personen über eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine anderweitige Regelung der Arbeitsbedingungen zu verhandeln; sie seien es gewohnt, mit ihren Arbeitern das selbst abzumachen.

Diese Antworten zeigten, daß sich die Industriellen untereinander über ihre Haltung verständigt hatten. Es galt nun also den Sturm auf die Festung einzuleiten. Neuringh berichtete kurz über die Lage in einem Briefe an die Bezirksleitung, teilte mit, daß übermorgen eine Sitzung der Vertrauensleute die weiteren Schritte beraten würde, und stellte es dem Bezirksleiter anheim, wenn er es für notwendig halte, an dieser Sitzung teilzunehmen. Kaum war er mit diesem Briefe zu Ende, als ein neues, zwar unscheinbares, aber doch bedeutsames Ereignis seine Gedanken wieder zurücklenkte auf den weltumspannenden Weg, den sie ursprünglich eingeschlagen hatten. Einer seiner früheren Mitarbeiter in der Fabrik meldete sich ab. Er wollte am anderen Tage nach Rußland reisen, um dort den Platz als Monteur einzunehmen, der ursprünglich Neuringh zugedacht war, den er aber ausgeschlagen hatte, um hier in seiner Heimat eine Aufgabe zu erfüllen, für die die Zeit immer schneller heranreifte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240902l-14/fragment/page=0002

Reichsregierung und Achtstundentag.

Der Reichsarbeitsminister wird, wie der Soz. Parl.-Dienst erfährt, der Presse im Laufe der nächsten Tage die Stellungnahme der Regierung zur Arbeitszeitfrage und zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens in Form eines offiziellen Berichtes übermitteln. Es handelt sich um einen Auszug des wesentlichen Inhaltes der für die Reichstagsverhandlungen vorgesehenen Darlegungen. Die in den ersten Septembertagen erscheinende neue Nummer des „Reichsarbeitsblattes" wird den vollständigen Text der infolge Vertagung des Reichstags nicht gehaltenen Rede des Reichsarbeitsministers enthalten. Der Minister beschäftigt sich in seinen Darlegungen auch mit den Genfer Verhandlungen. Der in Genf eingenommene Standpunkt der Reichsregierung über die Arbeitszeitfrage und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens ist auf Grund der neuen Wirtschaftslage aufgegeben worden.

Die spanische Fremdenlegion.

Bei der Beratung des deutsch-spanischen Handelsabkommens wurde im Reichstag von kommunistischer Seite die Regierung gefragt, was sie für die Befreiung der 3000 deutschen Erwerbslosen im Dienst der spanischen Fremdenlegion getan habe. Vom April bis Juli 1924 seien 900 Deutsche in der Fremdenlegion gefallen und 30 standrechtlich erschossen worden.

Dazu erfährt der „Soz. Parl.-Dienst" von unterichteter Seite: Genaue Ziffern über die Größe der spanischen Fremdenlegion und über die Zahl der in ihr kämpfenden Deutschen liegen im Augenblick noch nicht vor. Die Zahl der in der spanischen Fremdenlegion stehenden Deutschen wird jedoch nur auf etwa 1000 Mann geschätzt. Von diesen 1000 Mann ist die Hälfte in Spanien selbst rekrutiert worden. Der Rest besteht nicht nur aus Arbeitslosen, die in Deutschland angeworben wurden, sondern auch aus Abenteurern, wie sie Deutschland nach dem Kriege vielfach aufzuweisen hatte. Die meisten der aus Deutschland stammenden Fremdenlegionäre meldeten sich freiwillig bei den spanischen Konsulaten. Die spanischen Behörden erklären, daß sie besondere Werber in Deutschland nicht unterhalten. Die spanische Fremdenlegion wird natürlich an besonders gefährdeten Stellen eingesetzt, aber die angegebene Zahl von 900 Toten ist weit übertrieben. Bei den standrechtlichen Erschießungen, die nur schwer nachzuprüfen sind, handelt es sich wahrscheinlich um Fluchtversuche, die natürlich für die Enttäuschten bei Zusammenstößen mit feindlichen Truppen sehr naheliegen.

Die deutsche Regierung wird, wie uns versichert wird, alle erforderlichen Schritte tun, um vor allem die Leute zu befreien, bei denen nachgewiesen wird, daß sie unter falschen Vorspiegelungen in die Fremdenlegion gesteckt wurden und ebenso alle jene, die zur Zeit ihrer Einstellung noch minderjährig waren.

Horthyungarische Energie.

Zwei Erzbergermörder unter Beihilfe der Regierung entflohen.

Nach Mitteilungen Budapester Blätter befindet sich der von der Polizei gesuchte angebliche Schneider, der mit dem Erzberger-Mörder Tillessen identisch sein soll, nicht mehr auf ungarischem Gebiet. Es sei ihm gelungen, über die Grenze zu flüchten. Als der Aufenthalt der Erzberger-Mörder in der Villa Gömbös bekannt wurde, begaben sich mehrere Detektive dorthin. Förster und Schneider waren jedoch bereits am frühen Morgen nach Budapest gegangen. Förster kam zurück und wurde verhaftet. Schneider ist seither verschwunden. Ein Blatt meldet ferner, daß Konrad Mayer, der mit dem an der Ermordung Erzbergers beteiligten König identisch sein soll, gleichfalls aus Ungarn geflüchtet ist.

Noch vor einigen Tagen erklärte die ungarische Regierung, daß die Nachforschungen behufs Verhaftung Tillessens „mit voller Energie" geführt würden. Der Beweis für diese „Energie" ist nun durch die Flucht Tillessens und seines Komplicen erbracht. Die völkischen Mordbuben können beruhigt sein: sie finden in Ungarn nach wie vor verständnisvolle Unterstützung.

Budapest, 2. September. (Eig. Radiomeldung.)

Die Meldungen, daß auch der Erzberger-Mörder Förster-Schulz inzwischen nach Rumänien geflüchtet sei, treffen (vorläufig! Red. V.) nicht zu. Förster-Schulz befindet sich auch jetzt noch in Haft. Gestern wurde er von dem Untersuchungsrichter erneut verhört. Er behauptet entschieden, Förster zu heißen, und versucht vergeblich, zu beweisen, daß er zur Zeit der Mordtat an Erzberger überhaupt nicht in Deutschland gewesen sei. Inzwischen ist dem Untersuchungsrichter in Offenburg ein Lichtbild des Förster-Schulz zur Verfügung gestellt worden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Förster mit dem Mörder Schulz identisch ist. Diese Feststellung dürfte nach den deutschen Kriminalbeamten nunmehr auch die Staatsanwaltschaft in Offenburg machen müssen.

Die deutsche Wiederaufbauanleihe gesichert.

London, 2. September. (Eig. Drahtbericht.)

In den Kreisen der englischen City betrachtet man die Auflegung der deutschen Anleihe äußerst optimistisch. Teilweise wird sogar die Auffassung vertreten, daß die Möglichkeit besteht, die Anleihe von 800 Millionen Goldmark bis zum 15. September aufzulegen. Vorher dürften jedoch noch Verhandlungen mit der Reichsregierung stattfinden. Man erwartet zu diesem Zweck schon in den allernächsten Tagen die Ankunft des Reichsfinanzministers und des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in London.

Anti-Kriegstag 1924.

Die Vorbereitungen für den Anti-Kriegstag am 21. September nehmen in allen europäischen Ländern ihren Fortgang; auch in den außereuropäischen Ländern zeigt sich ein großes Interesse. Die Aufrufe, die der JGB. an die Arbeiterschaft der ganzen Welt gerichtet hat, sind überall nachgedruckt worden, ebenfalls die zahlreichen Anti-Kriegsartikel, die seit Beginn dieses Jahres durch die Presseberichte des JGB. verbreitet wurden. Es besteht kein Zweifel, daß am 21. September der Ruf „Nieder mit dem Krieg" in allen Ländern ertönen wird.

Es ist selbstverständlich, daß mit dem 21. September die Anti-Kriegsaktion des JGB. nicht zu Ende geht, sondern daß auch nachher alles getan wird, um die Abneigung der Völker gegen Krieg und Kriegsrüstung zu stärken und um künftige Kriege unmöglich zu machen.

Aus der Partei.

Ausschluß aus der Partei.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Der Stadtverordnete Georg Ziaja in Gleiwitz ist durch Beschluß des Parteivorstandes — auf Grund des § 28 Absatz 5 des Organisationsstatuts — mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen worden. Ziaja hat in dem von ihm herausgegebenen „Radikal-Sozialist" in von ihm verfaßten Artikeln die Partei nach kommunistischem Muster beschimpft, in Oberschlesien eine parteischädigende Wühlarbeit betrieben und das Amt eines angestellten Sekretärs der JAH. übernommen. Der ihm gesinnungsverwandte Baron in Gleiwitz, der als Verleger des „Radikal-Sozialist" fungiert und der mit gleichen Mitteln gegen die Partei arbeitet wie Ziaja, ist seinem sofortigen Ausschluß durch den Austritt aus der Partei zuvorgekommen.

Die soeben erschienene Nr. 6 unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Gesellschaft" enthält eine Fülle interessanter Abhandlungen zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung. In einem umfangreichen Aufsatz schildert Prof. Dr. Gustav Mayer die Beziehungen zwischen Rodbertus und Lassalle und gibt hierbei eine aufschlußreiche Charakteristik des ziemlich vergessenen konservativen Sozialphilosophen. Karl Kautsky behandelt eingehend die Tätigkeit von Johann Most, der in der Periode des Sozialistengesetzes eine führende Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung spielte. Eine Abhandlung von Max Quarck „Das Vorparlament und die Arbeiterfrage", die einer größeren Arbeit entnommen ist, führt in die ersten Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung vor 1848 zurück. Ueber Probleme der marxistischen Dialektik handelt ein Aufsatz von Dr. S. Marck, der an die jüngsten Neuerscheinungen über diese Frage anknüpft. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Nationalitätenfrage wird in einem sehr interessanten Artikel von Dr. E. Strauß (Prag) erörtert. Aktuelle politische Bedeutung hat ein Artikel von Prof. A. Mendelssohn-Bartholdy „Aechtung des Angriffskriegs", der insbesondere in Hinsicht auf die Erörterung der Sicherheitsfrage auf der jetzt begonnenen Tagung des Völkerbundes in Genf von Interesse ist.

Wirtschaftspolitik.

Die ersten Zahlungen.

Reichsfinanzminister Luther über die Auswirkungen der Anleihe.

Berlin, 2. September. (Eig. Radiomeldung.)

Reichsfinanzminister Dr. Luther empfing gestern Vertreter der amerikanischen Presse und machte ihnen gegenüber bemerkenswerte Ausführungen zur Anleihefrage. Der Minister führte aus, daß der größte Teil der Anleihe in Amerika aufgelegt werde. Acht Prozent Zinsen, das sei ein außerordentlich hoher Zinssatz. Die Anleihe habe sehr viele Sicherungen hinter sich, mehr als je eine Anleihe bisher gehabt habe. Die Wirkung der Anleihe auf die Wirtschaft sei sehr groß. Wenn die Wirtschaft wieder in Schwung komme, könnten auch Steuern bezahlt werden und das Reich habe mehr Einnahmen. Infolge der Sicherheit der Anleihe besteht kein Zweifel an ihrer Durchführbarkeit. Der Generalagent für die Reparationszahlungen weilt in Berlin und hat mit dem Finanzminister verhandelt. Am Montag, so fuhr der Minister fort, ist der erste Betrag der Vorschußzahlungen Deutschlands auf die Anleihe bezahlt worden, und zwar in Höhe von 20 Millionen Mark. Die Zahlung erfolgte auf das Konto des Generalagenten bei der Reichsbank. Das ist die erste Zahlung Deutschlands unter dem Dawes-Plan.

Flaue Stimmung auf der Messe.

Leipzig, 2. September. (Eig. Drahtbericht.)

Im weiteren Verlauf der Leipziger Messe haben sich die Hoffnungen auf eine Belebung des Geschäftes nicht erfüllt. Wo sich der Markt einigermaßen entwickelte, blieben die Umsätze gegen die Frühjahrsmesse 1924 recht bescheiden und gering. Das ist der Fall, obwohl vom Ausland und auch Inland dringender Bedarf vorliegt und große Konzerne die seit März bzw. April 1924 verhängte Einkaufssperre teilweise aufgehoben haben. Selbst die Einräumung von Krediten, die von den Verkäufern sehr liberal angeboten werden, konnte bis jetzt an der Zurückhaltung der Käuferschaft, die überhaupt geringer ist als im Frühjahr, nichts ändern. Auch sonst sind die Verkäufer in ihren Bedingungen äußerst entgegenkommend, so daß ein Geschäft wohl heute kaum der Konditionswünsche der Kundschaft wegen unterblieben ist. Aber man ist im großen und ganzen in der Abnehmerschaft im Unterschreiben von Wechseln sehr vorsichtig, da das Hereinkommen von Außenständen immer noch sehr ungewiß ist.

So ist die Herbstmesse 1924 im großen und ganzen eine recht flaue Messe geworden. Ohne Zweifel kann festgestellt werden, daß sie wohl die schlechteste Messe ist, die wir in den letzten Jahren erlebten. Für diese Entwicklung ist nur die Preisfrage verantwortlich zu machen. Vor der Messe hatte man in weiten Kreisen erwartet, daß die großen Preiskartelle die Preisstellung für die Leipziger Tage freigeben würden. Das ist nicht geschehen. Vielmehr hat man hier und da Erhöhungen vorgenommen, trotzdem die Preise durchweg viel zu hoch sind.

Interessant ist die Stellungnahme der Käufer gegenüber den angeführten Problemen. Auf der Frühjahrsmesse 1924, als noch der Himmel unter dem Einfluß der stabil gewordenen Mark voller Geigen hing, legte man im allgemeinen bei den Abnehmern mehr Wert auf größeren Kredit und weniger Wert auf den angemessenen Preis. Damit hat man sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Teilweise brachten die Frühjahrskäufe empfindliche Verluste. Andererseits mußten sie in weitem Umfange annulliert werden, weil die Abnehmer unter Einfluß der Geldkrise und der Restriktionspolitik der Reichsbank nicht zahlen konnten. Durch Erfahrung gewitzigt, sucht man heute das solide und kleine Geschäft. Man läßt sich davon leiten, ob von den Anbietern für eine Ware wenige Pfennige mehr oder weniger gefordert werden. Wo dann gekauft wird, spielt der Preis durchweg die Hauptrolle. Z. B. wurden billige München-Gladbacher Tuche den Lausitzer Tuchen vorgezogen, die bis jetzt einen sehr hohen Preis gehalten haben. In diesem Kampf um den Preis hat sich besonders ein Gegensatz zwischen den Fabrikanten und den Großhändlern herausgebildet. Die Lage spitzt sich sozusagen stündlich zu. Viel für den ferneren Preisdruck kommt es darauf an, wie sich der Großhandel gegenüber der Fabrikation durchzusetzen vermag.

Für das Festhalten an den übersetzten Preisen sprechen durchweg spekulative Absichten mit. Die Läger, auf die seit langem Geld zu hohem Monatszins — man spricht von 2 bis 4 Prozent — genommen worden ist, sind auch nach der Vereinigungspolitik der Reichsbank noch größer, als man wohl bis heute angenommen hat. Ein Preisabbau muß diesen Preispolitikern und Spekulanten empfindliche Verluste bringen. Daher ist der fast wütende Widerstand gegen jeden Preisdruck erklärlich. Für manche Branche kann behauptet werden, daß diese Opposition gegen die Preisformulierung heute schon gescheitert ist. So verweisen die Baissiers, die sich auch in den Kreisen der Fabrikanten befinden, auf die günstige Baumwollernte, die sicher billige, im Oktober schon herzustellende Baumwollartikel ermöglichen, und den mutmaßlichen Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Häute- und Lederpreise. Im allgemeinen erwartet man auch auf Grund der vorzunehmenden technischen Verbesserungen, die man jetzt auf Grund der langfristigen Kredite aus dem Auslande wagen kann, eine umfangreiche Preisermäßigung.

Schon der Kampf um den Preis, der ja das Messegeschäft überhaupt ausmacht, zeigt, daß man bei Beurteilung der künftigen Wirtschaftskonjunktur, besonders der Wirtschaftslage im Herbst und im Winter, den Verlauf der Leipziger Mustermesse nicht allzu sehr mitsprechen lassen darf. Ohne Zweifel wird im Anschluß an Leipzig noch manches und größeres Geschäft zustande kommen, wenn erst der Streit um den Preis geklärt und entschieden ist. Auch der Fortfall der Zollschranken, die die wichtige rheinisch-westfälische Wirtschaft wieder dem deutschen Markt anschließt und neue Käufer gewinnt, wird in diesem Sinne ausgelegt.

Man kann zusammenfassend über die Leipziger Messe sagen: Die Ursachen der Krise, die sich im Preisproblem darstellen, sind materiell nicht überwunden. Dagegen sind die psychologischen Ursachen heute bereits fortgefallen. Im großen und ganzen setzt sich der Gedanke an die Notwendigkeit einer normalen Wirtschaftsführung allgemein durch.

Nur Arbeit kann uns retten ...

Essen, 2. September. (WTB.) In der letzten Augustwoche (24. bis 30. August) mußten im Ruhrbergbau wegen Absatzmangels an 106 Stellen 138 107 Feierschichten eingelegt werden. Damit stellt sich die Zahl der Schichten, die die Ruhrbergleute im abgelaufenen Monat aus dem genannten Grunde feiern mußten, auf 830 000.

Aus aller Welt.

Minenexplosion in Jüterbog.

Tote und verwundete Reichswehrsoldaten als Opfer eines Leichtsinns.

Trotz wiederholten ausdrücklichen Verbots, Munitionsteile aufzunehmen oder gar mitzuführen, haben Angehörige eines in Jüterbog liegenden Reichswehrbataillons am 29. August abends eine nicht explodierte scharfe Mine mit ins Lager genommen, die dort zur Explosion kam. Neun Mann sind mehr oder minder schwer verletzt, zwei von ihnen sind inzwischen gestorben. Es handelt sich um ein Ausbildungsbataillon, das auf dem Truppenübungsplatz von Jüterbog zur Ausbildung stationiert ist. Ein Unteroffizier fand die Mine auf dem Platz und forderte die Soldaten auf, sie mitzunehmen. Der Unteroffizier glaubte, es sei eine Uebungsmine, die völlig ungefährlich ist. Im Lager jedoch fiel die Mine auf den Boden und explodierte.

Die todbringende Gletscherspalte.

Eine Gruppe von fünf Personen, und zwar die Engländer Parr, Patterson, Miß Parr, ein Träger und ein Führer, brach Donnerstag von Macugnaga zur Ueberschreitung des Gebirges durch das Weiße Tor nach Zermatt auf. In der Nähe der Lima di Jazzi stürzte der Träger und Miß Parr in eine Gletscherspalte. Bei dem Versuche, sie herauszuziehen, riß das Seil und die beiden stürzten noch tiefer. Patterson sowie der Führer stiegen nach dem Gorner Grat herunter, um Hilfe zu holen. Parr, der an der Unfallstelle geblieben war, sprang in die Gletscherspalte nach, um seiner sterbenden Tochter zu helfen. Die Rettungskolonne, deren Vorwärtskommen durch Nebel stark verzögert war, konnte endlich Parr und den Träger mit leichten Verletzungen herausziehen, nachdem die beiden 28 Stunden in der Spalte zugebracht hatten. Der Leichnam der Miß Parr, die infolge Erschöpfung gestorben war, wurde nach dem Gorner Grat gebracht.

Folgenschwere Explosionen.

Zwei Pulverdepots in die Luft geflogen.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in Konstantinopel. In der Pulverfabrik, die in der Vorstadt Makrinh liegt, explodierten plötzlich zwei Pulverdepots. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Nach den ersten Feststellungen sind 15 Arbeiter getötet und ungefähr vierzig direkt durch die Explosion verwundet worden. Durch den Luftdruck wurden riesige Steinblöcke in die Luft geschleudert, die unter den von der Unglücksstelle fliehenden Arbeitern zahlreiche Opfer forderten. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht genau festgestellt.

Budapest, 1. September. In einem Eisenabfall-Lager explodierte heute nachmittag eine unter die Abfälle geratene Granate und tötete einen Arbeiter, ein zweiter wurde verletzt.

Paris, 2. September. Wie der „Matin" aus Brüssel meldet, ist in Antwerpen an Bord der „Elisabethville" ein Kesselrohr geplatzt. Ein Neger wurde getötet, drei weitere schwer verletzt.

Kiel, 2. September. Die in Kiel beheimatete Galeasse Bertha ist nach einem Telegramm aus Kalmar auf der Höhe der Insel Oeland infolge Explosion eines Petroleumkochers in Brand geraten und vollständig vernichtet worden. Das Fahrzeug hatte etwa 30 000 Liter hochprozentigen Sprit sowie mehrere hundert Liter Benzin an Bord. Die aus acht Mann bestehende Besatzung konnte sich nur mit Mühe retten. Der Steuermann wurde verletzt. Die Schiffskasse mit 25 000 Kronen Inhalt ist verloren gegangen.

Der Flug um die Welt geglückt.

Neuyork, 1. September. Der amerikanische Flug um die Welt kann als geglückt angesehen werden. Fünf Monate und vierzehn Tage nach ihrer Abfahrt von Santa Monica in Kalifornien haben die zwei amerikanischen Flieger, die von der doppelt so starken Expedition noch übrig geblieben sind, wieder amerikanischen Boden erreicht. Die Armeeflieger landeten nach achtdreiviertelstündigem Fluge, der sie von Ivigtut auf Grönland nach Ice Tickle (Labrador) brachte, wohlbehalten. Präsident Coolidge und der Staatssekretär des Auswärtigen sandten den Fliegern Glückwunschtelegramme.

London, 1. September. (Funktelegramm.) Eine beachtenswerte Flugleistung hat Oberst Brinsmead, der Kontrolleur der Zivilluftfahrt in Australien, vollbracht. Er hat in 22 Tagen den ganzen australischen Kontinent umflogen. Er hat 7750 Meilen ohne Zwischenfall oder Störung zurückgelegt, und die Materialkosten für die ganze Reise betrugen nur 22 Schilling. Brinsmead hatte zwei Begleiter, und der Zweck des Fluges war, günstige Luftverkehrsrouten ausfindig zu machen.

Ruchlose Tat. In der letzten Nacht drang ein kürzlich entlassener Knecht in das Gehöft des Gutsbesitzers Dilling in Dahlsen ein. Er tötete einen schlafenden Knecht durch einen Schuß aus einer Armeepistole und streckte dann den Hofbesitzer durch einen Kopfschuß nieder. Die Leiche des Besitzers schleppte er in ein nahe gelegenes Kleefeld. Die Tochter des Besitzers wurde durch einen Backenschuß schwer verletzt. Auf die Hilferufe der Verletzten entfloh der Täter. Er konnte bisher noch nicht gefaßt werden.

Schiffsunfall im Hamburger Hafen. Der aufkommende deutsche Dampfer Lisbeth kollidierte vor dem Kohlenhafen mit dem ebenfalls einlaufenden englischen Dampfer Hookword. Letzterer wurde schwer am Heck beschädigt. Der Dampfer Lisbeth erlitt Bugschaden.

Hochwassergefahr. Wie die Landeswetterwarte mitteilt, besteht für ganz Bayern Hochwassergefahr. Ansbach meldet bereits Hochwasser.

Nach Unterschlagung von 100 000 Goldmark ist der 39 Jahre alte Bankkommissionär Erich Henoch aus Berlin verschwunden. Er hatte die 100 000 Goldmark durch Effekten- und Darlehnsschwindeleien an sich gebracht.

Ein Heuschreckenzug von 250 Kilometer Länge. Tausende von Heuschreckenschwärmen sind in der Kalahari, der südafrikanischen Sandwüste zwischen dem Oranje- und Zambesifluß, versammelt und bereit, in das südafrikanische Ackergebiet einzudringen. Ein einziger dieser Schwärme mißt rund 250 Kilometer in der Länge und ist in raschem Vorschreiten in der Richtung Johannesburg begriffen. Ein dort angekommener Reisender erzählte: „Ich bin zwei Tage und zwei Nächte gereist und habe während dieser Zeit nichts weiter als Heuschrecken gesehen." Die Ernteaussichten in Südafrika sind ohnehin schlechter als je zuvor.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Gewerkschaftliches: Gottl. Kasparek; Lokales und Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409021-14/fragment/page=0003

Ernst Schubert · Crumpa

Mühle und Bäckerei :: Zwiebackfabrik. Günstige Einkaufsgelegenheit für Wiederverkäufer :: **Getreide :: Mehl :: Futtermittel**

Vereins-Kalender

der SPD.,
freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung: die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben. ::

Halle

Jungsozialisten. Dienstag abend 8 Uhr im Jugendheim, Weidenplan 20: Wichtige Zusammenkunft. Die Gruppenmitglieder werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Gäste und Freunde unserer Bewegung sind uns herzlich willkommen.

SAJ. Kommenden Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim: Sitzung des Zentral-Vorstands.

Verein Biochemie. Donnerstag, den 4. Septbr., abends 8 Uhr, im Stadtgymnasium, Sophienstraße: „Die Blutgefäße". Wer eine rote Mitgliedskarte hat, wolle baldmöglichst 2 Mk. Beitrag für das neue Vereinsjahr zahlen.

Freier Sängerchor Halle
Direktion Hugo Engelmann

Mittwoch, den 3. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokal: Uebungsstunde. Es wird erwartet, daß alle Sänger vollzählig und pünktlich zur Stelle sind.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Dienstag, den 2. Sept., abends 8 Uhr, im Parteibureau: Sitzung des Arbeiter-Wohlfahrtsausschusses.

Frankleben. Mittwoch, den 3. Sept., abends 8 Uhr, bei Siebeck: Mitgliederversammlung. Ueber die politische Lage spricht Gen. Kämpf (Merseburg). Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Wittenberg. Donnerstag, den 4. Sept., abends 8 Uhr, bei Geist: Monatsversammlung.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Gräfenhainichen und Umgebung. Sonnabend, den 6. Sept., abends 8½ Uhr, in Radis, Lehmannscher Gasthof: Werbeversammlung. Kameraden sorgt dafür, daß alle Mitglieder, soweit sie nicht durch Arbeit verhindert sind, erscheinen. Die Kameraden von Radis werden dringend gebeten, tüchtig unter den Republikanern zu werben. Kein Republikaner darf fehlen! Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Frei Heil!

Ortsgruppe Wittenberg. Mittwoch, den 3. Sept., abends 8 Uhr, im „Volksgarten": Versammlung.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

Hunderttausende werden herzlich lachen

über den ersten großen humorist. Roman „Neu-Lehmannsland" von **Hans Reimann**, welcher in Fortsetzungen in

„Lachen links"

ab Nummer 35 erscheint.

Der Name Hans Reimann — bekannt durch den Riesenerfolg seiner „Geenigsanektoden"—sagt alles. — Hierzu lustige Bilder von Karl Holtz. — Hunderttausende werden sich freuen über Hans Reimanns lustige Einfälle!

Bestellen Sie sofort beim Austräger oder in der Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstraße 27.

Achtung! Achtung!

Preisausschreiben

Es sind bekannt bei jedermann
Die Delikatessen von Weidemann

Um meine Delikatessen weitgehendsten Kreisen der Bevölkerung zugängig zu machen, veranstalte ich folgendes Preisausschreiben:

Aufgabe:

Es wird ein kurzer Reim, ähnlich obigem, verlangt, in dem meine Delikatessen in irgendeiner Form gerühmt werden. Für die besten 200 Lösungen sind folgende Preise im Gesamtwert von 20000 Rm. ausgesetzt:

1. Preis bar	5000 Rm.
2. Preis bar	2500 Rm.
3. Preis bar	1000 Rm.
4. u. 5. Preis bar je 500 Rm. =	1000 Rm.
6.—100. Preis bar je 100 Rm. =	9500 Rm.
u. weit. 100 Trostpr. je 10 Rm. =	1000 Rm.
Insgesamt	20000 Rm.

Den Einsendungen sind 1 Rm. (nicht in Briefmarken) beizufügen, wofür jeder Einsender, gleichgültig ob die Lösung prämiiert oder nicht prämiiert wird, 2 Dosen Oelsardinen portofrei zugesandt erhält. — Die Preise sind berechnet für 100000 Einsendungen und erhöhen oder vermindern sich prozentual zur Zahl der Einsendungen. — Die Verteilung der Preise erfolgt am 1. Oktober 1924 durch ein Preisrichterkollegium. — Sämtliche Preisträger werden schriftlich benachrichtigt. — Der letzte Einsendungstag ist der 15. September 1924 (Abgangspoststempel). Jeder Teilnehmer erklärt sich mit diesen Bedingungen einverstanden. 9696

Robert Weidemann, Delikatessen-Großhandlung
Rostock i. Mecklenb., Burgwall 26

Stadt-Theater.
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Othello
Donnerstag:
Emilia Galotti

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim
der
Hallisch. Arbeiter

Musik-instrumente Schallplatten
Lüders Mittelstr. 9/10.

Sämtliche gangbaren
Waschartikel
zu äußerst billigsten Tagespreisen empf.
Wilhelm Große,
Gerbstedt.

W-T Walhalla-Lichtspiel-Theater

Täglich mit größtem Erfolg:
Hanna Bertram, Willi Ernst, Elli Arndt, Arthur Wilke u a.
in der Original-Posse mit Gesang und Tanz

Drüsenzauber

Alles wälzt sich vor Lachen.

Dazu der Welt größter Seefilm:

Die Seeschlacht von Santiago

Ein Kampf um Macht und Liebe.
6 überaus spannende Akte.

9699 Beginn: **4.30 Uhr.**

Nationalkassen
für
Konsumvereine, Behörden u. Detailgeschäfte

Schon von Mk. 300,— an addierend und Anzeiger.

Lassen Sie sich unsere neuen, unerreichten Modelle kostenlos vorführen. 9693

Alleinvertreter:
Musterlager B. H. Zimmer
Alte Promenade 33 (schräggegenüber der Hauptpost).
Telephon 3124.

Außerdem ständiges Musterlager in Leipzig (Laden Zeisighaus), Neumarkt 18.

SOEBEN ERSCHIEN HEFT 6

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding

AUS DEM INHALT:
Prof. Dr. Gustav Mayer: Rodbertus und Lassalle / Prof. Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy: Ächtung des Angriffskrieges / Karl Kautsky: Johann Most / Prof. Dr. Fritz Haber: Eine akademische Festrede / Studienrat Dr. Anna Siemssen: Beruf und Erziehung

M. 1,20 das Heft

Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchhandlung, Halle a. S., nur Große Ulrichstr. 27.

Inserenten! Annoncen-Expeditionen!

Wer auf Landkundschaft reflektiert,
gebe seine Inserate auf in der bei der Landbevölkerung des Saalkreises und darüber hinaus meistgelesensten Zeitung

Der Landbote

„Der Landbote" erscheint jeden Mittwoch sowie Sonnabend mit der illustrierten Wochenbeilage „Volk und Zeit". Bezugspreis **im September 55 Pfg.** Anzeigen- und Bezugsbestellungen beim

Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Volkspark
Burgstraße 27 — Burgstraße 27

Heute, Dienstag, abend 8 Uhr,
17. Sommer-Konzert
des Wittekind-Orchesters
Leitung: **Benno Plätz**
9684

Philharmonie (E. V.)

Für die bisherigen Mitglieder werden die innegehabten Plätze nur bis Mittwoch, den 3. September, abends, reserviert. Neuangemeldete Mitglieder wollen ab 9. September bei Hothan, Gr. Ulrichstraße 38, gefl. anfragen, ob Platzzuteilung erfolgen konnte. Das erste Philharmonische Konzert findet am 14./15. September statt. Programmentwurf für die Spielzeit an den Anschlagsäulen!

9695 Der Vorstand.

1 Waggon

Fahrräder
neu eingetroffen!

Wir liefern Qualitäts-Marken-Räder (2 Jahr Garantie) Torpedo-Freilauf mit Continental-Bereifg. oder Peters Stollen

Zur Herbstsaison
Ausnahmepreis
Mk. 110,—

Spezialgeschäft
Gummi-Bieder
Große Steinstraße 81
Nähe Markt 9690

Pelze Neu-Umarbeitungen Reparatur. aller Art fachmännisch billig Langjährige Praxis
Spezialität: **Pelzmäntel-Jacken**
F. Halle, Kürschn., Gr. Steinstr. 13 Eing. Mittelstr.
Felle werden gegerbt u. gefärbt
Billige Biberette für Mäntelbesatz usw.

Kleine Anzeigen haben hier **grossen** Erfolg!

Unsere mit modernem Material gut ausgestattete Buchdruckerei halten wir zur Herstellung von

Drucksachen

jeder Art bestens empfohlen. Wir sichern sachgemäße und schnellste Erledigung der uns überwiesenen Aufträge zu und stehen mit Kostenanschlägen usw. gern zur Verfügung.

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H.
Harz 42/44. Fernspr. 6605.

„Volksblatt"
Moden-Zeitungen
im Abonnement und einzeln
Buchhandlung

Wie reist man am billigsten nach Amerika?

Hierüber erhalten Sie Auskunft bei untenstehender Adresse.

Wollen Sie Verwandte und Bekannte in Nord- oder Südamerika besuchen, die die Ueberfahrt bezahlen können, dann geben Sie uns deren genaue Adresse auf.

Wir werden uns mit diesen ohne Kosten für Sie in Verbindung setzen und dahin streben, Ihnen Ueberfahrt, sowie das sonst erforderliche Reisegeld zu beschaffen.

Fachmännischen Rat über alle einschlägigen Fragen erteilen wir Ihnen ebenfalls kostenfrei.

Magdeburg: Reisebureau der Hamburg-Amerika-Linie, Alte Ulrichstrasse 7, Fernsprecher 2046.
Sangerhausen: Eduard Leissner, Regelsgasse 9.
Halle: Georg Schultze, Bernburger Str. 82. 9686

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!

Darum inseriere!

PELZE
Sie haben 10 Jahre infolge Krieg und Inflation nicht kaufen können. Jetzt können Sie kaufen. Benutzen Sie unser unglaublich billiges **Vorsaison-Sonderangebot.** Wie bekannt, steigen die Pelzpreise im Winter immer weiter. Wir haben ein Riesenlager.
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden Ecke Gr. Steinstr. 6.
9697

Pa. Rettichbirnen
direkt an Verbraucher **spottbillig**
W. Schotte, Waisenhaus-Plantage
9698 Franckeplatz 1.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 1. September 1924:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	85	40	82	—
Bullen	82	70	78	
Kühe	85	40	82	
Jungrinder	85	75	75	
Mastkälber				
Saugkälber	100	80	95	
Lämmer und Masthammel	100	95	100	
Schafe	90	80	85	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	106	93	103	

Schöne **Damentaschen** Ia Leder sehr billig **Hugo Krasemann** Nur Schmeerstr. 19 Lederwaren-Haus.

Eine preiswerte Einkaufsquelle für **Schokoladen u. Süßwaren** jeder Art, finden Händler u. Wiederverkäufer beim Fabrik-Vertreter der Pichler-Fabrikate in Sangerhausen.
Max Scharfstädt, Neuhäuserstr. 13/15 (Burkbraun-Fabrikate am Lager)

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Eisleben

Wiederholte Mahnung an die Steuerpflichtigen.

Trotz öffentlicher Mahnung vom 19. Juli 1924 sind Steuerpflichtige mit ihren Zahlungen, besonders für Hauszins-, Grundvermögens- und Gewerbesteuern im Rückstand geblieben. Das Gesetz läßt für Grundvermögens- und Hauszinssteuer Ermäßigung oder Erlaß nicht zu.

Wenn nunmehr innerhalb acht Tagen eine Bezahlung der restlichen Steuerschuld nicht erfolgt, wird unverzüglich zur Eintreibung der Schuld durch Pfändung geschritten werden.

Eisleben, den 21. August 1924.

Der Magistrat.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Katharinenstiftsgut, Sangerhäuser Str. 12, erloschen ist, wird unsere viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 29. Juli 1924 aufgehoben.

Eisleben, den 30. August 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621924090 21-14/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. September.

Parteilose Sozialisten.

Es gibt, besonders auch in unseren Kreisen, manche Sozialisten, die es ablehnen, einer Partei beizutreten. Man könnte auch sagen, es gibt manche Parteilose, die sich gelegentlich zu unserer Ueberraschung als Sozialisten vorstellen. Ja, sie sind so vollkommene, so vortreffliche Sozialisten, daß ihnen die Sozialdemokratische Partei nicht gut genug erscheint, um ihr beizutreten. Daß sie Geld sparen, wenn sie außerhalb der Partei bleiben, ist für diese idealen Leute gewiß kein Beweggrund, der müßte spräche.

In der Kritik, die sie an der Sozialdemokratischen Partei üben, mag oft ein Körnchen Wahrheit liegen, denn alles Menschliche ist unvollkommen, mit Ausnahme der parteilosen Sozialisten natürlich. Indem sie sich aber der Partei fernhalten, bekommen sie auch kein richtiges Bild von ihr, keine rechte Einsicht in ihr Wesen. In ihrer Isolierung reden sie sich vielmehr in eine Auffassung unserer Partei hinein, die geradezu als karikaturistisch erscheint.

Wir alle von uns kennen solche Leute. Unsere Aufgabe muß es sein, sie eines besseren zu belehren. Sie auf die Unzweckmäßigkeit ihres Tuns aufmerksam zu machen, sie zu ermahnen, der Organisation, der Partei beizutreten. Sie zum Lesen unserer Zeitung anzuhalten und sie zum Beitritt in die Partei einzuladen.

Demagogische Mätzchen.

Die Wut der Kommunisten über die Annahme des Londoner Abkommens ist grenzenlos, aber auch begreiflich. Sehen sie doch jetzt ihre letzten Felle davonschwimmen, weil auch sie ganz genau wissen, daß durch die Annahme des Abkommens die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sich bessern werden. Damit schwindet aber der Nährboden für die kommunistische Agitation, die Kommunistische Partei wird ihrer Auflösung entgegengehen, und alle die großen und kleinen Leuchten, die bisher von der Verbreitung moskowitischer Heilslehren in Wort und Schrift ihr Leben fristen, werden vom Schicksal des Abbaus betroffen werden. Wie ein Ertrinkender nach dem Strohhalm greift, so bemühen die Moskaupropheten sich in ihren letzten Zügen noch, sich am Leben zu erhalten. In großen Lettern verkündet der „Klassenkampf" am Sonnabend: **„Deutschland verschachert — Der Reichstag des Hochverrats. — Zustritt für die Pure SPD."** — Als „Verbrechen" wird die Annahme des Londoner Abkommens bezeichnet und zum Schluß gesagt, daß „die deutsche Arbeiterschaft sich an diesen verbrecherischen Papierfetzen nicht gebunden" erachten werde. Es fehlt nur noch die früher übliche Parole: Generalstreik — Bürgerkrieg — Diktatur des Proletariats. Aber man ist jetzt bescheidener geworden in der Lerchenfeldstraße, wie in der Berliner Parteizentrale. Man weiß, daß keine Gefolgschaft in der Arbeiterschaft mehr vorhanden ist, sondern nur noch saumselige Funktionäre und „ganz faule Ortsgruppen". Deshalb markiert man jetzt revolutionären Mut durch blöde Schimpfereien auf die SPD. und zieht zur Verstärkung der Position gelegentlich eine „Stimme aus dem Kerker" heran, die den unbeugsamen Trotz der kommunistischen Anhänger demonstrieren sollen. Im Reichstag hat der große Wilhelm (Koenen) am Freitag einen Brief zur Verlesung gebracht, der nach dem „Klassenkampf" folgenden Wortlaut hat:

„In der Zeitung konnte man lesen, daß Euch vorgeworfen wurde (von Toni Sender), nicht an uns zu denken, denn mit Annahme des Dawes-Berichts käme auch eine Amnestie im Reichsmaßstabe in Frage. Hierzu erkläre ich folgendes: In Stargard erwarten viele Gefangene ihre Aburteilung und hohe Strafen sind uns gewiß. Aber ich weiß mich mit allen einig: Lieber 20 Jahre Zuchthaus, als unsere Freiheit durch rechtliche Anerkennung der Versklavung von Millionen Proleten erreichen. Der Weg der bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Sozialdemokratie kann nicht der unserige sein. Wir verstehen nicht nur Eure Haltung, sondern wir als aufrichtige Klassenkämpfer müssen sie begrüßen und aus diesen Gründen Eure Haltung als richtig bezeichnen!"

Der „Klassenkampf" bemerkt dazu:

„Dieser Brief entlarvt die angebliche Fürsorge der SPD. als elende Heuchelei. **Die 7000 proletarischen Gefangenen wollen gar nicht, daß ihre Freiheit durch Versklavung der gesamten deutschen Arbeiterklasse erkauft wird.** Sie geben damit ein erschütterndes Beispiel proletarischer Solidarität, die über Not und Elend siegreich sich bewährt."

Wir wollen einmal annehmen, der von Koenen verlesene Brief sei echt. Dann behaupten wir immer noch, daß der Briefschreiber nicht für die Gesamtheit der gefangenen Proletarier zu reden berechtigt ist. Und der „Klassenkampf" hat erst recht nicht die Berechtigung zu seiner oben angeführten Behauptung. Wenn von Heuchelei geredet wird, dann liegt diese ganz auf seiten des „Klassenkampf". Fügt er doch seinem Bericht noch den folgenden Satz hinzu:

„Genosse Koenen trug diesen Brief mit erhobener Stimme vor, forderte die sofortige Beratung der Amnestie und schloß mit dem Ruf, in den die ganze kommunistische Fraktion einstimmte: Heraus mit den politischen Gefangenen!"

Also erst wollen die politischen Gefangenen nicht befreit werden und dann heißt es wieder: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" Vielleicht meinen es die Kommunisten so, daß die Proletarier in den Gefängnissen bleiben, aber die Deutschvölkischen aus den Gefängnissen befreit werden. Man weiß ja überhaupt nicht mehr, wo man noch einen Unterschied machen soll zwischen den Deutschvölkischen und den Kommunisten, denn an Nationalismus waren ja die Kommunisten in der letzten Zeit kaum noch zu überbieten. Wir empfehlen ihnen, sich in Zukunft „Nationalkommunisten" zu nennen, das würde ihrem ganzen Auftreten entsprechen. Auch in der Lüge und Verdrehung von Tatsachen sind sie ja den Ludendorffern fast über. Das beweist u. a. auch ein Artikel in der Freitag-Nummer des „Klassenkampf", in dem der Radau im Reichstag am vergangenen Mittwoch den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben wird. Dabei geht aus dem Bericht des „Klassenkampf" in der Donnerstag-Nummer deutlich hervor, daß die Prügelszene auf den kommunistischen Abgeordneten Grube zurückzuführen ist. In dem Bericht des „Klassenkampf" heißt es:

„In höchster Erregung verlangen die Kommunisten, daß der Widerspruch zurückgenommen wird. Unterdessen haben sich Pastor Korell und ein anderer Demokrat, außerdem ein Sozialdemokrat, zum Schutz vor Brodauf gestellt. Der Genosse Grube, aus demselben Wahlkreis wie Brodauf, geht auf Brodauf zu und ruft: „Wir werden dafür sorgen, daß Sie in Ihrem Wahlkreis nicht wieder auftreten können!" Der demokratische Pastor Korell stößt den Genossen Grube mit einem Schlag vor die Brust beiseite. Genosse Grube setzt sich zur Wehr. Damit beginnt ein allgemeines Handgemenge, bei dem der Demokrat Brodauf durch Faustschläge übel zugerichtet wird. Um ihn vor weiteren Prügeln zu schützen, schleppen ihn seine Freunde aus dem Saal. Sozialdemokraten verteidigen ihre demokratischen Freunde und schlagen auf die Kommunisten ein!"

Mit keinem Wort wird hier gesagt, daß der Abgeordnete Brodauf geschlagen hat, aber er hat am meisten abbekommen und muß vor weiteren Prügeln geschützt werden. Daraus geht hervor, daß dem Abgeordneten Brodauf die Prügel zugedacht waren, und wenn sich andere Abgeordnete schützend vor ihn gestellt haben und den ersten Angreifer Grube beiseite stießen, denn ist das nur begreiflich. Aber die Feigheit der Kommunisten läßt sie auch noch schwindeln, und so möchten sie sich reinwaschen und den Spieß umdrehen. Und da der „Klassenkampf" in den Jahren seines Bestehens an Verbeugung gegen die SPD. sein möglichstes geleistet hat, wird jede Lüge und Verleumdung gegen unsere Partei blindgläubig hingenommen. Jedoch hat alles seine Grenzen, und der nachdenkende Teil der Anhängerschaft der KPD. kommt doch nach und nach zu der Ueberzeugung, daß mit der Arbeiterbewegung Schindluder getrieben wird. Und so ist der Gesundungsprozeß jetzt im Werden. Der größte Teil der anständigen Arbeiter will mit der verlogenen KPD. nichts mehr zu tun haben. Treten sie auch heute noch nicht offen zur SPD. über, so ist auch die Zeit nicht mehr fern, wo auch in Halle die Kommunistische Partei durch unsere Partei ganz beiseite gedrängt sein wird.

Die Probe aufs Exempel.

Mißglückter Sprengungsversuch der Kommunisten. • Moralischer Erfolg der SPD.

Crispien in Halle.

Die Zeiten, in denen die Kommunisten in Halle allein die Arbeiterbewegung beherrschten, sind ein für allemal vorbei. Das bewies auch die öffentliche Volksversammlung, die zu Montag abend von unserer Parteileitung nach dem „Volkspark" einberufen war. Auch diese Versammlung sollte nach den Absichten der KPD. unmöglich gemacht werden. In der gestrigen Nummer des „Klassenkampf" forderte die hallische Leitung der KPD. ihre Anhänger mit folgendem Aufruf auf, in diese Versammlung zu gehen:

„Artur Crispien, sozialdemokratischer Jesus, Reichstagsabgeordneter und Parteivorstandsmitglied, spricht heute, Montag, abend 8 Uhr im großen Saale des „Volksparl" über die Beteiligung der SPD. an der Verschacherung der deutschen Proleten an die Bankiers Morgan u. Co. Das hallische revolutionäre Proletariat hört sich den schönen Artur an! — Erscheint in Massen!"

Damit nicht genug, hatte die KPD.-Leitung ihre Gesandten auch nach dem Arbeitsnachweis geschickt und dort unter den Erwerbslosen zum Besuch der Versammlung aufgefordert mit dem ziemlich unverblümt hinzugefügten Bemerken, daß der sozialdemokratische Jesus nicht reden dürfe. Selbst kaum der Schule entwachsene Jünglinge wurden geworben, um sich an dem beabsichtigten Spektakel zu beteiligen.

Bereits bei Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Genossen Schaumburg, begann der Skandal einzusetzen. Man verlangte das Wort zur Geschäftsordnung, wohl in der Absicht, den Antrag zu stellen, daß ein Korreferent zugelassen werde. Die Versammlungsleitung kümmerte sich aber nicht um diese Zurufe, denn es lag ihr daran, einmal zu zeigen, daß man sich

dem kommunistischen Terror nicht beugen

wolle. Daher wurde sogleich dem Referenten, dem Genossen Artur Crispien, das Wort erteilt. Seine ersten Ausführungen gingen in der lebhaften Unruhe, die durch das Gekrei eines Teils der Versammlungsteilnehmer hervorgerufen wurde, verloren. Der Redner ließ sich jedoch dadurch nicht beeinflussen, und nach einiger Zeit gelang es ihm, sich Gehör zu verschaffen. Er führte aus, daß die Sozialdemokratie nicht in der Lage war, einen sozialistischen Frieden zu schließen, genau so wenig wie die bolschewistische Regierung in Rußland, die ebenfalls gezwungen war, den Diktat-Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Die Sozialisten mußten daher ihr Augenmerk darauf richten, ihren Einfluß insoweit geltend zu machen, daß der Versailler Friedensvertrag durch eine internationale Versöhnungspolitik verdrängt werde. Zu diesem Zweck traten die Sozialisten aller Länder verschiedene Male auf Kongressen zusammen, und es müsse konstatiert werden, daß die dort gefaßten Beschlüsse, die auf eine bedeutende Milderung des Versailler Friedens hinausliefen, stets einhellig von den Vertretern sämtlicher Nationen gefaßt wurden. Zuerst sei es allerdings schwer gewesen, bei der von den Nationalisten in den Ententeländern aufgestachelten Stimmung der Bevölkerung in Frankreich und Belgien ein Entgegenkommen an die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse zu finden. Aber nachdem besonders in Frankreich ebenso wie in England ein Stimmungsumschwung stattgefunden und die nationalistischen Parteien an Einfluß verloren hätten, seien ganz bedeutsame Erfolge zugunsten Deutschlands erzielt worden. Und der letzte größe Erfolg sei das Londoner Abkommen. Eine feste Reparationssumme bestehe in diesem Abkommen nicht. Sie werde aber von Sachkennern auf etwa vierzig Milliarden geschätzt. Wenn man bedenke, daß das Londoner Ultimatum vom Jahre 1921 von Deutschland die Zahlung einer Summe von 226 Milliarden verlangte, die dann später auf dem Wege von Verhandlungen auf 132 Milliarden ermäßigt wurde, so könne doch nur ein Tor das Londoner Abkommen ablehnen, das von Deutschland nur noch Entschädigungen in Höhe von etwa 40 Milliarden verlange.

Redner bespricht dann im einzelnen die Bestimmungen des Londoner Abkommens, das zwar immer noch große Lasten für Deutschland aufweise, aber immerhin wesentliche Erleichterungen bringe. Als solche sei besonders die Räumung des Ruhrgebietes zu betrachten, die spätestens am 15. August 1925 beendet sein müsse. Redner weist darauf hin, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes in Deutschland sich Stimmen erhoben hatten, die zur völligen Aufgabe des Ruhrgebietes aufforderten, da die Franzosen es doch niemals wieder herausgeben würden und jeder Pfennig, der noch für das Ruhrgebiet von Deutschland herausgabt würde, nur fortgeworfenes Geld sei. Das Londoner Abkommen gebe aber dem deutschen Volke dieses wirtschaftlich hochwertige Gebiet in absehbarer Zeit wieder. Auch in das Reichsbahngesetz, das auf Grund des Londoner Abkommens geschaffen sei, würde ein ganz falscher Sinn von den Gegnern des Abkommens hineingelegt. So sei es z. B. unwahr, daß den Eisenbahnbeamten die Rechte geschmälert würden, sondern sie stehen auch in Zukunft rechtlich genau so da wie die übrigen Beamten des Reiches. Im übrigen sei die Annahme des Londoner Abkommens im Interesse der Arbeiterschaft notwendig gewesen, denn ohne den Kredit, der dem Reiche nach Abschluß des Abkommens gewährt werde, würden wir wieder in eine neue Inflationsperiode mit ihren schrecklichen Folgen für die deutsche Arbeiterschaft hineingeraten.

Genosse Crispien beschäftigte sich dann noch mit einem Referat der Frau Gohlke (Ruth Fischer), das diese auf einer Konferenz der KPD. am Sonntag gehalten hat. In diesem Referat, das der „Klassenkampf" in seiner Montagnummer auszugsweise wiedergibt, seien

eine Menge Unwahrheiten

enthalten. So hat Frau Gohlke u. a. gesagt, daß die englische Arbeiterpartei über die absolute Majorität verfüge, während diese Partei in Wirklichkeit von über 600 Mandaten nur 193 besitze. Frau Gohlke hat auch, indem sie die Schwierigkeiten der englischen Arbeiterregierung unerwähnt ließ, dieser den Vorwurf gemacht, daß sie sich im Gegensatz zur liberalen Partei in England für Kriegsrüstungen einsetze. Dabei stehe fest, daß der Führer der englischen Arbeiterpartei, Genosse MacDonald, wegen seiner energischen Stellungnahme während des Krieges gegen die englischen Kriegshetzer schwer zu leiden hatte und jetzt auf der Tagung des Völkerbundes einen Antrag eingebracht habe, der die Abrüstung in allen Ländern einsetzen soll. MacDonald, der in Deutschland durch die Kommunistische Partei in den Schmutz herabgezogen werde, wird andererseits in Rußland gefeiert, weil er den Abschluß eines Vertrages mit Rußland herbeigeführt habe, der in seinen Grundprinzipien dem Londoner Abkommen gleiche. Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wir Sozialdemokraten sind daran gewöhnt, beschimpft und verleumdet zu werden, aber wir werden keinen Augenblick erlahmen in unserer Pflicht, für das Proletariat zu kämpfen. Wir finden in uns die Kraft, alles zu überwinden und immer wieder von neuem den Kampf aufzunehmen. (Langandauernder, lebhafter Beifall.)

Nach dem Referat Crispiens wurde die Diskussion eröffnet. Der Vorsitzende Genosse Schaumburg teilte mit, daß jede Partei einen Diskussionsredner stellen könne, der 15 Minuten sprechen dürfe. Bei diesen Worten erhob sich großer Lärm, der sich aber legte, als dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Rosenbaum, der zurzeit Bezirksvorsitzender der KPD. im Bezirk Halle-Merseburg ist, erteilt wurde. Und nun begann Herr Rosenbaum seine

klägliche Rolle auf der Rednertribüne.

zu spielen. Er ist ein junger Mann, der kaum das Alter erreicht haben dürfte, das ihm das passive Wahlrecht zuerkennt. Mit seinen Ausführungen hat er einwandfrei bewiesen, daß er weder politische Kenntnisse besitzt, noch die Arbeiterbewegung kennt. Er besitzt gerade das Zeug, aus irgendeiner Broschüre ein paar Sätze wiederzugeben. Er gebrauchte eine ganze Viertelstunde dazu, um den General Dawes, dessen Namen das Gutachten trägt, das als Grundlage des Londoner Abkommens gedient hat, als einen der größten Verbrecher und Schieber hinzustellen. Auf den Inhalt des Londoner Abkommens ging er überhaupt nicht ein. Seine übrigen Ausführungen waren aus den Fingern gesogene Behauptungen, für die er dazu aufgefordert, keine Beweise erbringen konnte, sondern solche nur in Aussicht stellte (!), wenn man es wünsche.

Trotz der Seichtheit der Rede wurde sie von der Versammlung mit Geduld angehört, der Redner konnte sogar seine Redezeit noch überschreiten. Nachdem er aber mehr als zwanzig Minuten lang in diesem seichten Fahrwasser sich bewegt hatte, entzog ihm der Vorsitzende das Wort. Bei den bestellten Versammlungssprengern erhob sich nun ein

tosender Lärm.

Es wurde verlangt, daß der Redner weitersprechen solle. Die Versammlungsleitung bestand aber darauf, daß es verhindert werden mußte, diese von der SPD. einberufene Versammlung durch den Terror einer kleinen Radaugarde in eine kommunistische Versammlung umwandeln zu lassen. Darauf forderte Rosenbaum seine Parteigenossen auf, den Saal zu räumen. Unter großem Tumult erhoben sich dann seine Anhänger, verließen aber den Saal immer noch nicht, sondern glaubten wohl, daß es ihnen noch gelingen würde, die Versammlung vollständig zum Platzen zu bringen. Als sie nun einer Aufforderung der Versammlungsleitung, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, griff die zum Schutze gegen kommunistischen Terror bestellte Schupo ein und drängte die Störer in aller Ruhe zum Saale hinaus. Es zeigte sich, daß es nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Versammlungsteilnehmer gewesen war, der den Krach provoziert hatte. Es mögen vielleicht im ganzen 150 Teilnehmer gewesen sein, die den Saal verließen, während nach ihrem Verschwinden der zurückbleibende Teil den großen Saal noch fast vollständig füllte.

Genosse Crispien konnte dann unter gespannter Aufmerksamkeit der im Saale Verbliebenen sein Schlußwort halten, und dann schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmten, die mit einem glänzenden Siege der SPD. endende Versammlung.

*

Wer die Burschen gesehen hat, die von der KPD. gestern auf der Straße aufgelesen wurden, um einen alten Veteran der Arbeiterbewegung niederzubrüllen, der kann nicht anders, als von dieser Gesellschaft auf die Partei zu schließen, die sich ihrer bedient. Man muß dem Genossen Crispien recht geben, wenn er mit Bezug auf diesen Teil der Versammlungsteilnehmer von einem Lumpenproletariat sprach, vor denn schon Marx und Engels die Arbeiterbewegung gewarnt haben. Diese Bande ist brutal und frech, wo sie sich in der Uebermacht weiß, kuscht aber, wenn sie merkt, daß es böse für sie auslaufen könnte. Die handvoll Schupobeamte, die den Saal von den Ruhestörern befreite, hatte verhältnismäßig leichtes Spiel. Ihr Auftreten verdient vollste Anerkennung. Von irgendwelcher Brutalität, die nach dem Geschrei des „Klassenkampf" bei der sogenannten „Haarmann-Schupo" üblich sein soll, war nicht das geringste zu merken. Wir hätten aber einmal sehen sollen, was geschehen wäre, wenn keine Polizei dagewesen wäre; die schönste Prügelei wäre im Gange gewesen. Heute wird der „Klassenkampf" zwar schimpfen, daß unsere Versammlung durch „Moskehunde" geschützt wurde. Gegen solche Sitten, die die KPD. nebst den Völkischen erst ins politische Leben eingeführt haben, nützt aber nichts anderes als gewaltsame Gegenwehr. Hoffen wir, daß wir es bald nicht mehr nötig haben werden, unsere Versammlungen unter den Schutz der Polizei zu stellen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse als Darlehnsgeber.

In Nr. 195 des „Volksblatt" hatten wir in einem Artikel „Kommunisten über dir" gerügt, daß die Baugenossenschaft Neu-Halle für einen Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der noch junges Mitglied der Baugenossenschaft ist, ein Siedelungshaus zur Verfügung gestellt hat, weil die Ortskrankenkasse der Baugenossenschaft ein größeres Darlehen gewährt hat. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Herr Bauer sandte uns kurz darauf eine „Berichtigung", in der aber die Bevorzugung des Kassenangestellten nicht bestritten wird. Herr Bauer gibt selbst zu, daß die AOK. an die Hergabe des Darlehens die Bedingung geknüpft hatte, daß ein Angestellter der AOK. eine der zu erbauenden Wohnungen zur Verfügung erhält. Herr Bauer meint nun, daß durch das Abkommen mit der AOK. kein Mitglied der Genossenschaft benachteiligt worden sei, denn durch die Hergabe des Darlehens seitens der AOK. sei die Genossenschaft ja erst in die Lage versetzt worden, in diesem Jahre zehn Wohnungen zu bauen, wovon eine allerdings dem Angestellten der AOK. überlassen werden müsse. Ohne das Darlehen der AOK. wäre ein Weiterbauen in diesem Jahre nicht möglich gewesen und die Mitglieder der Baugenossenschaft wären leer ausgegangen.

Zu dieser „Berichtigung" äußert sich nun unser Gewährsmann, der den Artikel in Nr. 191 veranlaßt hat, folgendermaßen:

„Die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Baugenossenschaft

Besucht die Kunstausstellung in der Garnisonkirche!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409021-14/fragment/page=0005

... Halle eingesandte Berichtigung bzw. Ergänzung geht am [Ke]rnpunkt der Sache vorbei. Sie muß zunächst die in der Notiz angeführten Tatsachen zugeben. Die AOK. hat hypothekarisch sicher gelegtes Geld gegeben, dabei aber **verlangt**, daß ihr für einen Angestellten eine der **neu zu erbauenden Wohnungen** zur Verfügung gestellt wird. (Dieser Angestellte ist allerjüngstes Mitglied, hat noch keinerlei Selbsthilfe geleistet und tut nur das, was andere, ältere Mitglieder ebenfalls zum Teil schon geleistet haben bzw. als Leistung anbieten, er gibt noch einiges Geld dazu.) In dieser Forderung, die unter Ausnutzung der gegenwärtigen schweren Geldverhältnisse gestellt worden ist, liegt der Ausbeuter-Charakter der geldgebenden Kasse. Die Veranlassung zu dieser Bedingung geht aber von bekannten Kommunistenführern aus (Kleemann, Schnitzer). Sie tun nichts für die Allgemeinheit, ohne nicht für sich oder einen der ihrigen etwas herauszuschlagen. Diese immer wieder nachweisbare Tatsache galt es auch im Falle der Genossenschaft Neu-Halle festzustellen, und auf sie allein kam es in der Notiz an. Der Aufsichtsrat der Genossenschaft mag sich damit abfinden, er kann es aber nicht verbieten, daß die Mitglieder, denen Neu-Halle dafür zu schade ist, dagegen auch in der Oeffentlichkeit Einspruch erheben."

Diesen Standpunkt der älteren Mitglieder der Baugenossenschaft wird man verstehen können. Deshalb weisen wir auch eine Bemerkung des Herrn Bauer, die Genossenschaft lehne es ab, sich von dritter Seite in ihre geschäftlichen Angelegenheiten hineinreden zu lassen, hiermit als unangebracht zurück.

Feuergefahr beim Abkochen durch Wandergruppen.

In der letzten Zeit mehren sich die Nachrichten darüber, daß Wandergruppen zum Zwecke des Abkochens offene Holzfeuer im Walde angezündet und dadurch **Waldbestände gefährdet** oder in einigen Fällen **sogar vernichtet** haben.

Ganz abgesehen davon, daß Feueranzünden im Walde nach den Bestimmungen des Feld- und Forstpolizeigesetzes sowie des Strafgesetzbuches **strafbar** ist, und daß außerdem der Täter oder seine Angehörigen für allen Schaden haftbar gemacht werden, der durch einen Waldbrand entsteht, muß in allen an Wanderungen beteiligten Kreisen noch mehr Verständnis dafür geweckt werden, daß durch solches fahrlässiges Verhalten dem **Volksvermögen schwerer Schaden** zugefügt wird, der bei der heutigen überaus ernsten Lage des Staates unbedingt vermieden werden muß. Der Minister für Volkswohlfahrt hat daher gemeinsam mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem neuen Erlaß die Regierungspräsidenten ersucht, die Jugendpfleger und -pflegerinnen, Lehrer, Schulvorstände, Schulräte, Vereinsleiter und andere leitende Persönlichkeiten anzuhalten, daß von ihnen im **Unterricht und bei Wanderführerlehrgängen** regelmäßig darauf hingewiesen wird, daß die jugendlichen Wanderer beim Feuermachen in der Nähe eines Waldes äußerste Vorsicht zu beobachten und auch sonst alle behördlichen Anordnungen bei ihren Wanderungen peinlichst zu befolgen haben.

Bekämpfung der Tuberkulose bei der Schutzpolizei.

Aus einer Verfügung des preußischen Ministers des Innern, die im Einvernehmen mit dem Volkswohlfahrtsminister erlassen und an die staatlichen Polizeibehörden gerichtet ist, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit:

Jeder Schutzpolizeibeamte, einschließlich der unkündbar angestellten, hat die Erkrankung eines Angehörigen seines Haushalts an ansteckender Lungen- oder Kehlkopftuberkulose, sofern nicht ein Polizeiarzt der behandelnde Arzt ist, seiner Dienststelle zu melden, die der zuständigen Sanitätsstelle Kenntnis zu geben hat. Bei Erkrankung oder Todesfällen an ansteckender Lungen- oder Kehlkopftuberkulose von Schutzpolizeibeamten, die keinen eigenen oder einen getrennten Haushalt führten, ist der Kreisarzt bzw. die Meldestelle des Wohnorts seiner nächsten Familienangehörigen zwecks evtl. Einleitung der Tuberkulosefürsorge für diese zu benachrichtigen. Wenn diese Angehörigen ihren Wohnsitz am Dienstort oder am Sterbeort des Beamten haben, ist ihre Wohnung in der durch das Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose vorgeschriebenen Meldung besonders aufzuführen. — Bei Entlassung eines an ansteckender Lungen- oder Kehlkopftuberkulose erkrankten Beamten, der in einer Polizeiunterkunft wohnte, aus der Schutzpolizei ist der für die Unterkunft zuständige Kreisarzt oder die Meldestelle von dem Wohnungswechsel mit Angabe der zukünftigen Wohnung in Kenntnis zu setzen. Führt aber der Beamte den Wohnungswechsel bereits vor seinem Ausscheiden aus der Schutzpolizei, z. B. nach Entlassung aus einem Krankenhause oder einer Lungenheilstätte aus, dann ist die Meldung schon zu diesem Zeitpunkt zu erstatten.

* **Volkspark-Konzert.** Auf das heute abend im Volkspark stattfindende 17. Konzert sei noch einmal ganz besonders hingewiesen. Der heutige Abend bringt ein ganz besonders ausgewähltes Programm.

* **Herabsetzung der Gütertarife?** Das Reichskabinett sprach sich in seiner Sitzung am 1. September für eine allgemeine Herabsetzung der Gütertarife der Deutschen Reichsbahn aus. Einzelheiten der Herabsetzung sind späterer Beschlußfassung vorbehalten worden.

* **Inserate deutlich schreiben!** Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Fehler in einer Anzeige, welche infolge unleserlich oder undeutlich geschriebenen Manuskriptes entstanden sind, kein Ersatz geleistet werden. Das Reichsgericht ging hierbei von der Ansicht aus, daß Anzeigen, welche man einer Tageszeitung zusendet, deutlich geschrieben sein müssen.

* **Schwerer Straßenunfall.** Am Montagnachmittag wurde vor dem Walhalla ein Straßenbahnkontrolleur von einem Personenkraftwagen umgefahren und etwa 10 Meter weit mitgeschleift. Er wurde am Kopfe schwerverletzt, außerdem trug er Hautabschürfungen und Quetschungen davon. Mit demselben Kraftwagen wurde er nach der Klinik gebracht.

* **Aus Not Selbstmord verübt.** In der Nacht zum Montag erhängte sich ein Mann in seiner Wohnung Saalwerderstraße in Abwesenheit seiner Ehefrau. Nahrungssorgen und Familienzwistigkeiten sind die Ursache zur Tat.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Dienstag, zum ersten Male in dieser Spielzeit: „Undine". Mittwoch 7½ Uhr: „Othello" mit Karl Jahn a. G. in der Titelpartie. Donnerstag zum ersten Male: „Emilia Galotti". Regie: Else Rochel-Müller. Beschäftigt sind die Damen: Lessing, Dülfer, Thetter-Lange. Die Herren: Günzel, Hensel, Ehlander, Weber, Erdmann, Haller, Förster, Tiedemann, Heinze. Freitag erste Wiederholung von „Undine". Sonnabend: „Emilia Galotti".

Philharmonie. Am 8. September jährt sich zum 100. Male Anton Bruckners Geburtstag. Die Philharmonie hat sich seit ihrer Begründung bestrebt, des Meisters in Halle größtenteils unbekannt gebliebenen Werke bekanntzumachen. Sie wird die Hundertjahrfeier im ersten Konzert durch eine Wiederholung der „Romantischen Symphonie", im zweiten Konzert durch die Erstaufführung der unvollendet gebliebenen „Neunten" feiern. (Siehe heutige Anzeige.)

* **Ammendorf.** Vorstellung der Freien Volksbühne. Die Freie Volksbühne Ammendorf, die sich in den letzten Wochen sehr gut entwickelt hat, läßt am Mittwoch, dem 24. September, durch das Mitteldeutsche Landestheater zwei Molièresche Komödien („Der eingebildete Kranke" und „Der Herr von Pourceaugnac") zur Aufführung bringen. Der Eintrittspreis beträgt für Mitglieder der Volksbühne 1.— Mk., für Nichtmitglieder 1.40 Mk. Die Kartenausgabe erfolgt in der Buchhandlung Kopp (Halleschestraße), in der Zigarrenhandlung Keck (Regensburgerstraße) und im Zigarrengeschäft Paul Gergas (Regensburgerstraße 83).

Aus der Provinz.

Aus der Provinzialverwaltung.

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen

hielt seine letzte Sitzung, einer Einladung der Stadt folgend, in **Erfurt** ab.

In der Sitzung waren insbesondere verschiedene Vorlagen festzustellen, die dem am 16. September in Merseburg zusammentretenden Provinziallandtag zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Hervorgehoben seien die Vorlagen über **Neuwahl des Landeshauptmanns**, Abänderung des Reglements für das Kassen- und Rechnungswesen, etwaige Erhebung einer Nachtragsumlage an Provinzialsteuern, Befürwortung der Annahme der Städteordnung seitens der Landgemeinde **Annaburg** sowie Bewilligung von Beihilfen an durch Unwetter geschädigte Einwohner in verschiedenen Gebieten der Provinz Sachsen. Zum stellvertretenden Mitglied des Provinzialausschusses wurde an Stelle des Kaufmanns Fuchs in Erfurt, der sein Amt niedergelegt hat, der praktische Arzt Dr. **Stanze** in Riestedt gewählt. Für den Fabrikbesitzer Franz Seldte in Magdeburg wurde der Prokurist Karl Leue in Magdeburg und für den Tischler Karl Baier der Dreher Richard Magdanz, beide in Magdeburg, zu Abgeordneten des Provinziallandtages erklärt.

Der Provinzialausschuß beschloß weiterhin, den Pflegekostensatz für die in dem Krankenhause des Landespflegeheims und der Arbeitsanstalt Großsalze untergebrachten Personen abweichend von dem Tarife der unter preußischen Fürsorgeverbänden zu ersetzenden Fürsorgekosten vom 1. September 1924 an auf täglich 2 Goldmark festzusetzen. Durch diesen Satz sollen auch die der Anstalt zur teilweisen Deckung der allgemeinen Verwaltungskosten zustehenden Renten der Kranken und die Kosten für die gelieferte Bekleidung — Tarif Abschn. I E — als abgegolten angesehen werden. Als Sachverständige im Gutachterbeirat beim Bezirksausschuß in Magdeburg in Heimstättenangelegenheiten wurden Regierungsbaumeister Gerlach und Buchhalter Obst, beide in Magdeburg, gewählt. Es wurden ferner gewählt die Mitglieder für den Grundsteuerberufungsausschuß des Regierungsbezirks Erfurt und die Beisitzer für den Gewerbesteuerberufungsausschuß des Regierungsbezirks Magdeburg auf 6 Jahre.

Auf einen Antrag der „Vereinigung zur Erhaltung der Burg Ludwigstein" in Werleshausen a. d. Werra stellte der Provinzialausschuß eine einmalige Baubeihilfe von 1000 Mk. zur Verfügung. Ferner wurde beschlossen, gegen die Anordnung der Staatsregierung betr. die Abänderungen der Besoldungsordnung für die Besoldungsordnung das Landesschiedsgericht anzurufen. Einigen Pflegern aus Nietleben wurden Hypothekendarlehen bewilligt und die Landesdirektion beauftragt, eine Vorlage über weitere Förderung des Wohnungsbaues vorzubereiten.

Unterbezirkskonferenz Merseburg-Querfurt.

Am Sonntag, dem 31. August, fand in Mücheln eine Unterbezirkskonferenz der SPD. in den Kreisen Merseburg und Querfurt statt. Genosse **Undeutsch** eröffnete die Konferenz und gedachte des 60. Todestages unseres Vorkämpfers Lassalle; er forderte die Anwesenden auf, im Sinne des Verstorbenen zu wirken.

Genosse Reichstagsabgeordneter Richard **Krüger** gab einen Bericht über die neuesten politischen Ereignisse. Die Auflösung des Reichstags sei durch den Umfall der Deutschnationalen verhindert. Für uns als Sozialdemokraten sei das außerordentlich bedauerlich, denn unsere „Materialmappen" waren mit Material gegen die Deutschnationalen, die völkische Kinderstube und die kommunistischen Flegel zum Platzen voll. Der Kuhhandel um die Ministerposten und die Schutzzölle würde aber fortgesetzt werden, und die Abwehr gegen diese Angriffe erfordere eine starke Partei. Mit dem Appell, weiter zu rüsten und nicht zu rasten, für Aufklärung zu sorgen und die Säumigen wachzurütteln, schloß der Referent seine vorzüglichen Ausführungen. Eine Debatte wurde nicht gewünscht.

Durch Stimmzettelwahl wurden dann die Genossen Emil **Rienecker** (Merseburg), Max **Oelsner** (Schkeuditz), Franz **Voigt** (Roßbach) und Aug. **Ettling** (Neumark) als Delegierte für den nächsten Bezirksparteitag gewählt.

Genosse **Kämpf** wies darauf hin, daß die nächste Aufgabe des Bezirksparteitages **die** sei, die Erfahrungen des Wahlkampfes auszuwerten und die Beschlüsse des Parteitages durchzuführen. Ein neues Bezirksstatut müsse unverzüglich geschaffen werden.

Genosse Kämpf wies ferner darauf hin, daß noch immer Unklarheiten im Abrechnungsverfahren bestehen, und daß den Ortsvereinen nur 15 Prozent der verkauften Beitragsmarken zustehen. Die **Marke für die Internationale** sei eine **Pflichtmarke** und von jedem Mitglied pro Vierteljahr eine solche im Betrage von 15 Pf. zu kleben. Die Gelder für die Internationale und die Eintrittsmarken müssen ohne jeden Abzug an die Zentrale abgeführt werden.

Genosse **Pöhland** (Dürrenberg) wünscht im Herbst eine großzügige Propagandaaktion durchgeführt und die Versammlungen auch in kleineren Orten mit „großen Kanonen" besetzt zu sehen.

Viele Anregungen und Wünsche wurden noch von verschiedenen Delegierten vorgebracht. Genosse **Undeutsch** wies darauf hin, daß wir **alle Tage in unserer Zeitung eine große Versammlung** haben, und daß die eifrigen Leser sich auf allen Gebieten aus der Zeitung Aufklärung holen können. Die **Zeitung auszubreiten** und für weitere Abonnenten zu wirken, sei die erste und dankbarste Aufgabe für die Parteigenossen.

Mit einem Hoch auf die Partei, in das von allen Teilnehmern begeistert eingestimmt wurde, schloß Genosse Undeutsch die Konferenz.

Konferenz des Unterbezirks Bitterfeld-Wittenberg.

Der Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg der SPD. zeigte in seiner am Sonnabend, dem 30. August, in Gräfenhainichen stattgefundenen Konferenz, daß der Unterbezirk ebenfalls zum Kampf bereit ist. Die Konferenz war besucht von 7 Vertretern des Unterbezirksvorstandes, sowie 33 Delegierten aus 19 Ortsvereinen.

Genosse **Baum** (Bitterfeld) hielt ein gut durchdachtes Referat über: „**Londoner Abkommen und wir.**" Er erläuterte das Abkommen in seinen Einzelheiten und betonte, daß der eigentliche Kampf erst bei der Lastenverteilung beginnen werde. Seiner Auffassung nach ist nur für den Augenblick eine Reichstagsauflösung verhindert worden. Der jetzt bestehende unfähige Reichstag werde und müsse über irgendeine der angeführten Fragen in die Brüche gehen. Für uns heiße es also jederzeit gewappnet zu sein. Mit lebhaftem Beifall wurden die Schlußfolgerungen entgegengenommen, daß wir als Sozialisten alles daransetzen werden, durch die Niederlage von 1924 zum Siege zu schreiten. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie konsequent ihren Grundsätzen den Weg geradeaus beschreitet, so wie es im Interesse der Arbeitnehmerschaft liegt. Von einer allgemeinen Aussprache wurde Abstand genommen und erklärten sich die Delegierten restlos mit den gemachten Ausführungen einverstanden.

Dann gab Genosse **Baum** den **Geschäftsbericht**. Aus demselben ging hervor, daß der durch die Wirtschaftskrise eingetretene **Rückschlag überwunden** und eine sich steigernde Besserung zu verzeichnen ist.

Die Erörterung der Frage: **Unsere nächsten Arbeiten**, zeitigte eine lebhafte Aussprache, die erkennen ließ, daß solche Konferenzen im Interesse der Partei öfter als bisher stattfinden müssen. **Mancher gute Fingerzeig, wie zu arbeiten ist, wurde hierbei gegeben.** Die Aussprache wurde in kameradschaftlichem Geiste gepflogen und war beseelt von dem Willen: Einer für Alle.

Als **Delegierte** zum Bezirksparteitag wurden gewählt die Genossen **Scheel** (Wittenberg), **Zimmermann** (Ramsin) und **Thäle** (Holzweißig).

Im Punkt „Verschiedenes" wurden zunächst Presse- und Organisationsfragen erörtert, wobei allgemein der Wunsch Ausdruck fand, daß auf späteren Konferenzen sowohl Bezirksleitung wie auch die Presse vertreten sein soll. Weiter fand vor allen Dingen die Beamten-, Frauen- und Jugendfrage eine lebhafte Erörterung. Auch diesen Fragen soll in Zukunft mehr Interesse als bisher entgegengebracht werden. Nach sechsstündiger Beratung konnte die Konferenz von dem Vorsitzenden, Genossen **Vogler** (Bitterfeld) geschlossen werden in dem Bewußtsein, daß die alte Freude an der Parteiarbeit wieder zurückkehrt und sich in Bälde zeigen wird, daß auch in unserem so schwer zu bearbeitenden Unterbezirk trotz allem die Partei aufwärts schreiten wird.

Unterbezirk Sangerhausen-Eckartsberga.

Die Unterbezirkskonferenz am 31. August beschäftigte sich unter anderem auch mit der Neuwahl des Unterbezirksvorstandes. Zum 1. Vorsitzenden des Unterbezirks wurde gewählt Genosse Erich **Brüll**, Sangerhausen, Borngasse 9, zum 2. Vorsitzenden Genosse Max **Macht** (Cölleda). Alle Zuschriften an den Unterbezirksvorstand sind an die Adresse des Genossen Brüll zu richten.

Der Unterbezirksvorstand.

Merseburg. Das Kind im Rathause. Montag vormittag wurde in einem Buran des Wohlfahrtsamts plötzlich die Tür aufgerissen, eine Frau legte ein Kind im Alter von 1½ bis 2 Jahren nieder und entfernte sich fluchtartig. Bis jetzt konnte die Mutter des Kindes, welche, wahrscheinlich aus Not gezwungen, sich des Kindes auf diese Weise zu entledigen suchte, noch nicht ausfindig gemacht werden. Das Kind wurde ins Kinderheim gebracht.

Lützkendorf. Zwischen den Puffern zerquetscht. Beim Ueberschreiten der Gleise kam der Arbeiter Hermann Grätz zwischen die Puffer zweier zusammenlaufender Wagen. Ihm wurde der Brustkorb eingedrückt und bald darauf verstarb er an inneren Verblutungen.

Lützen. Gefährlicher Ackerboden. Ein Unglücksfall, der leicht noch schwerere Folgen hätte haben können, ereignete sich in der Kulkwitzer Feldflur. Dort ackerten Geschirre des Rittergutes Quesitz auf dem Feldplane neben den Bruchfeldern der Kulkwitzer Braunkohlenwerke. Beim Ziehen der letzten Seitenfurche ging plötzlich auf dem Bruchfelde nebenan ein neuer Bruch in dem Augenblick nieder, als ein Pferdegespann an dieser Stelle war. Das Sattelpferd brach sofort bis an den Leib ein. Rasch entschlossen spannte der Geschirrführer die Pferde auseinander, riß das Handpferd zur Seite und vermochte auch noch die Stränge des eingebrochenen Tieres zu lösen. Währenddessen sank das Pferd immer tiefer ein. Rasch wurde Hilfe geholt, aber das bedauernswerte Zugtier konnte man nicht mehr aus seiner gefährlichen Lage befreien. Die sinkenden Erdmassen drückten es immer mehr zur Seite und in die Tiefe, bis sie es ganz bedeckten. So wurde das kostbare Tier ein Opfer des Elements. Wie leicht aber konnte das ganze Gespann samt Führer vom Unglück betroffen werden. Die Braunkohlenwerke werden wohl für den Schaden aufkommen müssen.

Lützen. Der Elternbeirat. Die Arbeitervertreter im Elternbeirat hatten zum bevorstehenden Lehrerabbau eine Elternbeiratssitzung beantragt. Den beiden Vorsitzenden des Elternbeirats Bienert und Zangenberg scheint dieses Vorhaben keine Sitzung wert zu sein. Im übrigen haben es die Bürgerlichen ausgezeichnet verstanden, den Elternbeirat kaltzustellen. Ueber die gesetzlichen zwei Versammlungen während der Wahlperiode sind sie noch hinausgekommen. Einmal müssen die Lützener Arbeiter doch zur Einsicht kommen.

Sangerhausen. Arbeiterwohlfahrt. Unsere Nähstube hat kürzlich nach mehrwöchiger Sommerpause ihre Tätigkeit wiederaufgenommen. 54 Mitarbeiterinnen widmen jeden Donnerstagnachmittag ein paar Stunden der Nächstenliebe und der Solidarität mit der notleidenden Einwohnerschaft. Eine im Juni d. J. in Nr. 25 von „Volk und Zeit" erschienene Aufnahme unserer Nähstube bei fleißiger Arbeit hat sie auch außerhalb unserer näheren Umgebung bekannt gemacht. Hoffen wir, daß die segenspendende Einrichtung weithin Nachahmung findet! Wo hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen und ähnliche Einrichtungen die Unterbringung von Nähstuben in Räumen mit Nähmaschinen usw. ermöglichen, werden die Gemeindevorstände diese sicher in ebenso dankenswerter Weise zur Verfügung stellen, wie es der hiesige Magistrat getan hat. Daß die von den Hilfsbedürftigen an die Nähstube gestellten Anforderungen ihre Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigen, ist bei der Größe der Not selbstverständlich. Wie vielen trotzdem geholfen werden konnte, erhellt daraus, daß durch die Nähstube bisher an getragenen Sachen 5 Paar Schuhe, 1 Anzug, 2 Damenmäntel, 4 Kleider, 3 Jacken, 2 Hosen, 3 Westen und 2 Blusen gestiftet, und an Neuem 71 Hemden, 22 Paar Strümpfe, 18 Unterröcke, 41 Kleider, 21 Hosen, 4 Jacken, 29 Schürzen, 8 Wickeltücher, 15 Babyhemden, 11 Jäckchen, 5 Unterlagen, 3 Windeln, 4 Mützen, 1 Nachtjacke, 1 Unterhose, 4 Kleiderröcke, 2 Blusen und 2 Fenster Zuggardinen gefertigt worden sind. Hierzu war der Stoff für 2 Kleiderröcke, 2 Blusen und 6 Kleider von den Bedachten selbst geliefert, im übrigen ist er von der Arbeiterwohlfahrt beschafft worden. Außer 180 Mk., die der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Berlin letzthin aus Reichsmitteln überwies, sind die Unkosten im wesentlichen durch Sammlungen aufgebracht worden. Auch das Entgegenkommen soll dankend hervorgehoben werden, das verschiedene Firmen, insbesondere Dattan und Vollrath, stets beim Einkauf für die Nähstube gezeigt haben. Zur Auffüllung unserer Kasse hat sich erfreulicherweise der Gesangverein „Wartburg" bereit erklärt, demnächst zugunsten der Nähstube ein Konzert zu veranstalten. Sein Ertrag wird uns hoffentlich mit instand setzen, den durch das Weihnachtsfest und den Winter in erhöhtem Maße an uns herantretenden Anforderungen finanziell gerecht zu werden. An fleißiger Tätigkeit unserer Mitarbeiterinnen wird es wie bisher nicht fehlen! Von zweien haben wir allerdings in der letzten Nähstunde am vergangenen Donnerstag Abschied nehmen müssen: Frau Koch wandert nach Mexiko aus und Frau Scharfstädt verzieht nach Halle. Deutschlands wirtschaftliches Darniederliegen und sein Behördenabbau ziehen so auch unsere Nähstube in Mitleidenschaft! Eine Tasse guten Kaffees würzte allen die letzten Stunden fleißiger Mitarbeit bei den Getreuen! Aber sie werden auch in ihrer neuen Heimat Pioniere unserer guten Sache bleiben!

Wickerode. Denkmalseinweihung und Gedächtnisfeier. Am 24. August wurde hier das Denkmal für die Gefallenen eingeweiht. Die „Sangerhäuser Zeitung" schreibt hier am Schluß ihres Berichts: „Leider blieb eine große Anzahl Dorfbewohner in unverständlicher Weise dem Weiheakt fern." Nun, die Ferngebliebenen wissen schon, warum sie an dieser Feier nicht teilnahmen; sie lassen sich nicht gern als fünftes Rad am Wagen betrachten, und dann haben sie auch keine Interesse daran, sich den üblichen Aufguß einer pfäffisch-nationalistischen Weiherede anzuhören. Ihnen war die Rede des Kameraden **Wielepp** (Halle), die dieser am vergangenen Sonntag anläßlich einer besonderen Gefallenengedenkfeier hier am neuen Denkmal hielt, mehr aus dem Herzen gesprochen. Vollzählig war die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in einer Stärke von 48 Mann mit der Fahne am Denkmal aufgezogen und legte am Denkmal einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife und Widmung nieder. Auch von Sangerhausen und Kelbra waren Abordnungen des Reichsbanners erschienen. Die kurze, aber eindrucksvolle Feier hinterließ bei allen Teilnehmern ein erhebendes Gefühl.

Questenberg. Schwarz-Rot-Gold hat Fuß gefaßt. Im Anschluß an die Gefallenengedächtnisfeier in Wickerode war die Ortsgruppe Wickerode des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Sonntagnachmittag hierhergekommen, um auch hier eine neue Ortsgruppe aus der Taufe zu heben. Nach einem eindrucksvollen Referat des Kameraden **Wielepp** (Halle) ließen sich sogleich zehn Kameraden aufnehmen. Weitere Anmeldungen nehmen die Kameraden **Andree** (Questenberg) und **Arnold** (Wickerode) entgegen. In Kürze wird eine Mitgliederversammlung stattfinden.

Zschornewitz. Ein tiefbedauerlicher Unglücksfall, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich hier. Beim Abbau des auf dem Gemeindeplatz stehenden Turngerüstes fiel dem 13jährigen Schulknaben Hans Deibeicht, welcher den Abbruchsarbeiten zusah, ein Stück Balken derartig unglücklich auf den Kopf, daß ihm ein Teil der Kopfhaut abgerissen wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes brachte man den Bedauernswerten sofort per Sanitätsauto nach dem Knappschaftskrankenhause Karlsfeld bei Halle, wo der Kleine unter furchtbaren Schmerzen bereits verstarb.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409021-14/fragment/page=0006

Elsterwerda. Tod auf den Schienen. Ein Liebespärchen verübte vor einigen Tagen gemeinsamen Selbstmord, indem es sich in der Nähe von Pröjen von einem von Dresden kommenden Eisenbahnzuge überfahren ließ. Das junge Mädchen stammt aus Frauenhain, der junge Bursche stammt, wie erzählt wird, von Lenz bei Ortrand und wohnt in Raden. Was beide in den Tod getrieben hat, ist bisher noch unbekannt.

Bockwitz. Wohnungsbau. Die Gemeinde hat den Bau des für die Gemeindebeamten bestimmten Wohnhauses in der Brunnenstraße dem Maurermeister Gärtner übertragen. Die Bauarbeiten haben einen flotten Verlauf genommen. Im Rohbau ist das Haus fertig. Dringend notwendig wäre noch die Errichtung einiger Häuser mit Arbeiterwohnungen.

Bockwitz. Einbruch. In der Baubude des Maurermeisters Gärtner in der Brunnenstraße wurde nachts ein Einbruch verübt. Man entwendete Werkzeuge und Kleidungsstücke, die größtenteils Lehrlingen gehören.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 2. September.

Die Tätigkeit des Arbeitsamtes Eisleben

in den Monaten Juni und Juli 1924.

Das Arbeitsamt Eisleben berichtet:

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in den Monaten Juni und Juli war eine katastrophale und wurde hauptsächlich durch die Wirtschaftslage des Bergbaues beeinflußt. Während in Handel, Gewerbe und Industrie die Zahl der Erwerbslosen in den beiden Monaten eine ziemlich gleichbleibende war, in der Landwirtschaft sogar der Bedarf an Arbeitskräften, besonders weiblichen, zeitweise nicht gedeckt werden konnte, überstieg im Bergbau die Zahl der Entlassenen, vor allem im Monat Juni, die der Vormonate um ein vielfaches. Infolge Absatzstockung kam es in der Kaliindustrie zu vorübergehender, teilweise sogar zur vollständigen Stilllegung mehrerer Werke, ebenso wurde verschiedentlich Kurzarbeit eingeführt. Desgleichen fanden im Erzbergbau Betriebseinstellungen statt. Die Gesamtzahl der dadurch zur Entlassung gekommenen Bergarbeiter betrug über 2000. Diese außerordentlich starke Belastung des Arbeitsmarktes nahm das Arbeitsamt zum Anlaß, mit verschiedenen auswärtigen Bergwerksunternehmen in Verbindung zu treten und zu versuchen, dort einen Teil der entlassenen Bergleute unterzubringen. Die Versuche sind von Erfolg gewesen. Auch war es möglich, im Laufe des Monats Juli einen Teil der Leute der Landwirtschaft zuzuführen, so daß gegen Ende Juli die Zahl der Erwerbslosen erheblich zurückging. Im Braunkohlenbergbau dagegen sind derartig einschneidende Veränderungen nicht zu verzeichnen gewesen.

Neben der Landwirtschaft zeigten sich Gewerbe und Industrie, wenn auch nur in geringem Maße, aufnahmefähig. Tischler, Zimmerleute, Maurer, konnten regelmäßig vermittelt werden; überhaupt lagen die Vermittlungsmöglichkeiten für Handwerker durchweg günstiger als für sonstige Arbeiter. Nur Metallarbeiter wurden, wie bisher immer schon, so gut wie nicht verlangt. Die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie nimmt im ganzen Reiche stark zu. Ein wilder Streik, der zu Beginn des Monats Juli unter den Maurern und Bauarbeitern im Stadtkreis einsetzte, blieb lokal begrenzt und flaute nach einigen Tagen schon wieder ab.

Die Schwierigkeiten bei der Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte zu landwirtschaftlichen Arbeiten konnten nicht immer behoben werden. Es ist zwar versucht worden, ledige Burschen, die in größerer Anzahl zur Verfügung standen, zu diesen Arbeiten zu vermitteln, jedoch mit negativem Erfolg. Nur mit wenigen Ausnahmen eigneten sich diese Burschen für die Arbeiten, die ausnahmslos von weiblichen Arbeitskräften bisher ausgeführt sind. Immerhin war es möglich, Frauen und erwachsene Töchter von Erwerbslosen, besonders dann, wenn von diesen die öffentliche Wohlfahrtspflege und die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen wurden, zu diesen Arbeiten heranzuziehen und so wenigstens der Nachfrage einigermaßen gerecht zu werden.

In der weiblichen Abteilung war die Vermittlungstätigkeit eine durchweg lebhafte. Stark war die Nachfrage nach Stellen in die Stadt, die Vermittlung aufs Land dagegen war schwieriger. Feldarbeit wurde in den meisten Fällen ohne stichhaltigen Grund (!) abgelehnt. Vielfach sind weibliche Bureaukräfte zur Entlassung gekommen; Nachfrage nach solchen bestand nicht.

Auf die Unterbringung von Erwerbsbeschränkten und Kriegsbeschädigten war die Gesamtlage des Arbeitsmarktes, wie nicht anders zu erwarten, von erheblichem Einfluß. Die Unterbringungsmöglichkeit dieser Leute gestaltete sich von Woche zu Woche schwieriger. Um trotz allem noch Einstellungsmöglichkeiten zu schaffen, ist damit begonnen, dahingehend die in Frage kommenden landwirtschaftlichen Betriebe erneut Ueberprüfungen zu unterziehen.

In Eisleben und in verschiedenen Gemeinden wurden Notstandsarbeiten fortgeführt bzw. neu eingerichtet und Erwerbslose dabei wechselweise beschäftigt und ihnen die gesetzlichen Zuschüsse gezahlt. Die Zahl der dabei beschäftigten Erwerbslosen betrug insgesamt täglich 200. Die Zahl der beim Arbeitsamt gemeldeten Erwerbslosen betrug in Eisleben insgesamt 600, im Seekreise 1200. Es wurden im Juli 56 176,43 Mk. verausgabt.

* **Wiederholte öffentliche Mahnung an die Steuerpflichtigen** Im heutigen amtlichen Teil wendet sich der Magistrat in wiederholtem Maße an die Steuerpflichtigen, soweit sie mit der Zahlung der Grundvermögens-, Hauszins- und Gewerbesteuer im Rückstande sind, und ersucht zur Vermeidung von Weiterungen durch Pfändung um Begleichung der Schuld. Wir werden darum gebeten, auch an dieser Stelle auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Großörner. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Gründung einer Ortsgruppe im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold fand hier am Donnerstag, dem 28. August, unter überaus zahlreicher Beteiligung von Kameraden aus Hettstedt statt. Kreisleiter Kamerad Weiße (Hettstedt) hatte das Referat übernommen. Ausgehend von der 48er Revolution, auch von den Vorgängen in unserer engeren Heimat, besprach er die in Weimar festgelegte Verfassung, ferner den Kapp-, Kommunisten- und Hitler-Putsch. Durch die Gründung des Reichsbanners fanden sich Männer, die gewillt waren, die Republik zu schützen. Nach eingehender Behandlung der Bundessatzungen wurde zur Gründung einer Ortsgruppe und zur Wahl des Vorstandes geschritten. Vorsitzender wurde Kamerad Großmann, Schriftführer Kamerad Künast, Kassierer Kamerad Trautmann.

Leimbach. Stillegung der Rheinischen Dynamitfabrik. In einem Raume der hiesigen Dynamitfabrik hat am 25. August eine Sitzung stattgefunden, in der man sich über eine voraussichtliche Schließung des Betriebes unterhalten hat. An der Besprechung nahmen teil die Fabrikleitung, der Betriebsrat und der Demobilmachungskommissar. Aus Mangel an Aufträgen und Kapital wurde beschlossen, am 13. September den gesamten Betrieb zu schließen. Von dieser Maßnahme werden 61 Arbeiter betroffen.

Arnstedt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold faßte auch hier Fuß. Kamerad Schmidt wurde vorläufig zum Vertrauensmann nominiert.

Hettstedt. Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold fand am Sonnabend, dem 30. August, im großen Saale des „Ratskeller" eine Besprechung statt. Nach Erledigung der Eingänge wurden die Kameraden Junge und Rienäcker zu Revisoren der Kasse der Ortsgruppe gewählt. Anläßlich der bevorstehenden Weihe des Banners der Ortsgruppe gab es noch viele wichtige Fragen zu lösen. Daß der republikanische Gedanke und somit die Sympathie zum Reichsbanner auch hier dauernd an Boden gewinnt, zeugte davon, daß an diesem Abend weitere 17 Neuaufnahmen vollzogen werden konnten.

Oberwiederstedt. Unfall. Als der bei der Mansfeld-A.-G. beschäftigte Kraftwagenführer Oskar Pfannschmidt Freitag vormittag den Motor eines Kraftwagens ankurbeln wollte, sprang die Kurbel zurück und zerschlug ihm den rechten Unterarm. Der Verletzte fand im Hettstedter Knappschaftskrankenhause Aufnahme.

Gewerkschaftsbewegung.

12. Verbandstag der Buchdrucker.

Günstiger Stand der Organisation.

Hamburg, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag erfolgte im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Eröffnungsfeier des 12. Verbandstages der deutschen Buchdrucker. Die eigentlichen Arbeiten begannen am Montag. Nach den Begrüßungsreden der Behörden gedachte der Vorsitzende Seitz der in den Jahren 1922/23 verstorbenen Kollegen.

Den **Bericht des Vorstandes** gab der Vorsitzende Seitz: Die zurückliegende Zeit hat der Organisation große Schwierigkeiten bereitet. Wenn es auch trotzdem möglich war, ohne großen Abbau der Verbandseinrichtungen durchzukommen und noch verhältnismäßig günstiger als andere Verbände die Inflation zu überstehen, so danken wir es der opferbereiten Arbeiten aller unserer Mitarbeiter. Zu ganz besonderem Dank sind wir den ausländischen Kollegen verpflichtet, die uns nach Kräften geholfen haben. In der Zeit der schlimmsten Inflation haben wir endlose Lohnverhandlungen führen müssen. Die Prinzipale warteten mit einer ganzen Reihe von Verschlechterungsanträgen auf, u. a. verlangten sie die 57 Stundenwoche. Zwar haben wir die Verschlechterungen zum großen Teile abgewehrt, der frühere Zustand ist aber nicht erreicht worden. Das jetzige Abkommen läuft bis zum 31. Januar 1925. Der Verbandstag wird zu entscheiden haben, ob das Abkommen gekündigt werden soll. Bei den Tarifverhandlungen hat sich ein wesentlich anderes Bild gezeigt als früher. Die fortschreitende Industrialisierung auch im Buchdruckgewerbe hat eine andere Zusammensetzung der Prinzipale mit sich gebracht. Vielfach sind an Stelle der früher aus dem Mittelstand herausgekommenen Prinzipale Nichtbuchdrucker getreten, die mit juristischen Haarspaltereien die Verhandlungen sehr erschwerten und eine Einigung oft verhinderten. Die Bildung eines Industrieverbandes ist bekanntlich durch Urabstimmung abgelehnt worden. Eine Aenderung der Beziehungen zu den übrigen graphischen Verbänden ist dadurch nicht eingetreten. Wir haben auch weiterhin einträchtig zusammengearbeitet. Die Akademie der Arbeit, mehrere Wirtschaftsschulen und die Volkshochschule Tinz wurden von uns wiederholt beschickt. Gegen die Zeitungsverbote haben wir uns energisch gewehrt und haben eine andere Art der Strafe für die Schuldigen verlangt. Die Regierung hat uns zwar erklärt, der Sache näher zu treten, aber bis jetzt ist noch kein Ergebnis erzielt. Unser Verbandsvermögen haben wir wenigstens teilweise dadurch gerettet, daß wir es eben rechtzeitig in eine Druckerei anlegten, die jetzt die Grundlage für unser neues Unternehmen in Berlin bilden soll. Alles in allem können wir feststellen, daß wir noch einigermaßen gut über die Inflationszeit hinweggekommen sind. (Lebhaftes Bravo.)

Den Kassenbericht gab anschließend der Hauptkassierer Schweinitz, der zunächst auf den durch die Geldentwertung bedingten Niedergang der Kassenverhältnisse einging. Glücklicherweise konnten der „Korrespondent" und der „Jungbuchdrucker" vor dem Eingehen bewahrt bleiben. Am Ende der Inflationsperiode betrug der Kassenbestand 2030 Goldmark, am 1. Januar 47 498 Goldmark und am 1. Juli 483 000 Goldmark. Die Mitgliederzahl ist im 2. Quartal mit etwa 70 000 zu beziffern. Eine zwingende Notwendigkeit ist die Verlegung der „Korrespondent"-Redaktion nach Berlin geworden. Aus dieser Notwendigkeit entstand dann auch das Projekt des Verbandshauses.

Nach der Mittagspause wurde in die Aussprache über den Geschäftsbericht eingetreten. Ebel (Berlin) ist von den Ausführungen von Seitz nicht voll befriedigt. Der Verbandsvorstand hat die nötige Führung vermissen lassen. **Es hätte mehr gegen jene Leute unternommen werden müssen, die die Organisation herunterreißen.** Freitag (Dresden) unterstreicht die Ausführungen des Vorredners und fordert einen besseren Nachrichtendienst zwischen Zentralvorstand und Funktionären. Massial (Berlin) spricht der Organisationsleitung Dank und Anerkennung aus und betont, daß **die Zersplitterungskräfte an der gesunden Grundlage der Buchdrucker-Organisation zerschellt** seien. Elstermann (Dortmund) fordert, daß Verhandlungen einzelner Bezirke und Gaue, die nur für sich arbeiten, nicht wieder vorkommen. Lorenzen (Kiel) setzt sich für bessere Aufklärungsarbeit ein und verlangt, daß der ADGB. in der Maifeier-Frage endlich klare Bestimmungen herausgibt. Reisner (Königsberg) fordert den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen. Kächere (Heilbronn) führt aus, daß die Unternehmer in der ihnen günstigen Konjunktur reine Erpressungspolitik betrieben hätten. In der Arbeitszeitfrage hätte Urabstimmung erfolgen müssen. Die heutigen Ortszuschläge seien in ihrer Staffelung überholt. Stürz (Leipzig) unterstreicht die Ausführungen Ebels und Freitags über die Zersplitterungstendenzen und erklärt sich ebenfalls für eine Urabstimmung in der Arbeitszeitfrage. Baier (Nürnberg) bezeichnet den Weg der Klassifizierung der Löhne mit der Voranstellung des Stundenlohnes als falsch. Die Haltung der Organisation gegenüber Kommunisten und Hakenkreuzlern müsse Widerspruch finden. **Leute, die diesen Organisationen angehören oder unterstützen und die freien Gewerkschaften bekämpfen, dürfen nicht geduldet werden.** Thorban (Hamburg) verteidigt die Haltung der Kollegen in den Großstädten. Der zweite Kampf der Berliner hätte von der Gesamtorganisation unterstützt werden müssen. Melzner (Hamburg) fordert kritische Betrachtung der Betriebe der Genossenschaften. Die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bereite größere Schwierigkeiten als mancher andere Unternehmer. Sporn (Breslau) versteht die Haltung des Verbandsvorstandes zum Berliner Streik nicht und ebenso wenig die unklare Haltung des ADGB. zum 1. Mai. Ebel sollte nicht alle Kommunisten über einen Kamm scheren; es gibt auch Edelkommunisten. (Große Unruhe.)

Die Verhandlungen werden dann auf Dienstag mittag 12 Uhr vertagt.

15. Generalversammlung der Maschinisten und Heizer.

Zu den am 25. August im Gewerkschaftshaus in Breslau begonnenen Verhandlungen waren vom ADGB. Genosse Backert (Berlin) und vom ADB. Genosse Kotzur (Leipzig) erschienen. Der Zentralvorsitzende Genosse Klebe (Berlin) erwartete, daß die Delegierten zu dieser Krisentagung alles aufbieten müßten, die Organisation vorwärts zu bringen. Zu Vorsitzenden wurden Klebe, Schlichting (Berlin) und Jordan (Breslau) gewählt.

Im **Geschäftsbericht** sagte Klebe u. a.: An der Erhebung eines Stundenlohnes als Beitrag lasse sich jetzt bei fester Währung nicht mehr festhalten. Abgebaut wurden im Vorstand weit über die Hälfte der Mitarbeiter. Auch Geschäftsstellen mußten zusammengelegt werden. Mit der Interessenvertretung wurden hohe Leistungen vollbracht. Für annähernd 100 Prozent unserer Mitglieder wurden Besserungen geschaffen. Die Einführung eines einheitlichen Bundesmitgliedsbuches sei auf dem Gewerkschaftskongreß beantragt. Das Streikunterstützungsreglement ist einheitlich geregelt. Die stabile Mitgliedschaft liefern dem jetzt 30 Jahre alten Verband Schiffahrt und Elektrizität, weniger Bergbau und Metallindustrie. **Es wurden enorme Summen für Streikunterstützung ausgegeben.**

In der anschließenden Aussprache über den Bericht hörte man Kollegen aus allen Teilen Deutschlands. Es wurde u. a. beschlossen: Einführung des Bundesmitgliedsbuches nach Aufbrauch des Vorrats alter Bücher; Förderung der Beschlüsse der 14. Generalversammlung über Dampfkesselüberwachung und Heizerschulen; Anstrebung einer 16. Industriegruppe in der Betriebsräteorganisation des ADGB. Der Zentralvorstand solle sorgen, die neue Ausarbeitung der Seemannsordnung schleunigst gesetzlich zu machen, eine Seemanns-Krankenversicherung zu schaffen unter Einschluß der Familienmitglieder, die gesetzliche Erwerbslosenunterstützung auch für Seeleute zu betreiben und den Seeleuten die steuerlichen Erleichterungen für die Führung des zweiten Haushalts zu verschaffen. Der Hauptvorstand soll eine wesentliche Erhöhung des steuerfreien Einkommens anstreben und mit dem ADGB. an maßgebender Stelle fordern, daß die staatliche Erwerbslosenunterstützung auf drei Viertel eines Durchschnittsarbeiterstundenlohnes bemessen und an Stelle der Fürsorge die Arbeitslosenversicherung zu setzen.

Der **Kassenbericht** des Kollegen Insel (Berlin) weist eine zunehmende Gesundung nach. Setzer (München) skizzierte die Anträge des Ausschusses zum Verbandsstatut. Die Anträge der Zahlstellen widersprachen einander. Zur übersichtlichen Gestaltung des Verbandsstatuts wurde ein neuer Statutenentwurf zur Debatte gestellt, wonach der Beitrag je nach Wochenverdienst 60, 80 Pf. und 1 Mk. wöchentlich beträgt. Streik-, Aussperrungs- und Maßregelungsunterstützung beginnen von der 13. Woche der Mitgliedschaft und betragen in der höchsten Stufe 21,90 Mk. pro Woche, zuzüglich Familienzuschläge. Die Erwerbslosenunterstützung beginnt vom 7. Tage an und ist nach Höhe und Zahl der Beiträge gestaffelt. Es wird Umzugs- und Sterbeunterstützung gewährt. Inkrafttreten der Satzung am 1. Oktober 1924, der Unterstützungen am 1. Januar 1925. Die Aussprache war sehr rege. Der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Genosse Scheffel (Berlin) dankte für die freundliche Begrüßung durch den Vorsitzenden und verwies auf die bei der Gründung des Eisenbahnerverbandes bewiesene Solidarität.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Setzer (München) wurden folgende Anträge angenommen: Die Geschäftsstelle Hamburg wählt den Ausschuß. Der geringste Wochenbeitrag beträgt 50 Pf. Die Unterstützungssätze für die 50-Pf.-Beitragsklasse werden dem Aeltestenausschußentwurf entsprechend festgelegt. Im § 17 III werden die Worte „und Sektionen" gestrichen. Zur Bestreitung ihrer örtlichen Bedürfnisse erhalten die Verwaltungsstellen mit besoldeten Funktionären (Geschäftsstellen) 25 Prozent, mit unbesoldeten (Zahlstellen) 10 Prozent von den Eintritts- und Beitragseinnahmen. Dann wurden die Anträge des Aeltestenausschusses zum Verbandsstatut mit den vorgenannten Aenderungen angenommen. Als Delegierte für den nächsten Gewerkschaftskongreß wählte man: Klebe (Verbandsvorstand), Schütz (Ludwigsburg), Krahn (Stettin), Schotte (Hamburg), Lange (Senftenberg), Rosenberg (Essen), Wunderlich (Leipzig), Hornschuh (Danzig), Metzner (Frankfurt), Hüneckens (Köln). Die Neuwahl des Hauptvorstandes ergab (mit allen gegen zwei Stimmen): 1. Vorsitzender Hermann Klebe, 2. Vorsitzender Rudolf Schlichting, Kassierer Wilh. Insel. Beisitzer: K. Muelle (Köpenick), Jos. Setzer (München), Friedr. Brandis (Mühlhausen), Berthold Hippe (Leipzig). Revisoren: Matthies (Köln), Müller (Spandau), Ersatzmann Krahn (Stettin).

„Generalstreik" — in Rußland.

Rotgardisten zur Unterdrückung des Streiks.

Generalstreik als Vorübung für die russische Weltrevolution ist das Ziel, zu dem jede, auch die kleinste Lohnbewegung anzufachen ist. Das ist die Parole, die alle Moskauer Agenten — außerhalb Sowjetrußlands! — zu verfolgen haben. Jeder Generalstreik gilt als großer Erfolg in Moskau, welches Ende er auch nehmen mag, als Gradmesser für die „Revolutionierung" im Sinne der „Weltrevolution" und als Befähigungsnachweis für die Skrupellosigkeit der kommunistischen Funktionäre. Die Lüge ist nur Kampfmittel, besonders für den Generalstreik.

Während die deutsche Arbeiterschaft z. B. sich nach Feststellung des Moskauer Weltkongresses „in rasenden Schmerzen" windet, ist Sowjetrußland das Arbeiterparadies der Diktatur der Sowjettribunen über das Proletariat. Am 27. August meldete der Telegraphendraht aus Leningrad (Petersburg), daß der Hafenkommandant **den Ausnahmezustand über den Hafen verhängt hat, weil der Generalstreik der russischen Hafenarbeiter schon einige Tage andauere.** Der Grund des Streiks seien Lohnstreitigkeiten und Entlassungen von Arbeitern. Natürlich, auch die Hafenarbeiter in Leningrad streiken nicht aus Zeitvertreib. Sie wollen arbeiten, aber sich dabei sattessen.

Der Ausnahmezustand wird streng durchgeführt, die Hafenwachen sind verstärkt. Unter Androhung des Waffengebrauchs ist den Streikposten das Betreten des Hafens verboten, jegliches Sprechen mit den Wachen, die Abhaltung von Versammlungen — nicht nur der Streikenden — und alle Ansammlungen.

Heute wird berichtet, daß **der Belagerungszustand über ganz Petersburg verhängt ist, um den Generalstreik der Hafenarbeiter zu brechen.** Jede Versammlung auf den Straßen und das Betreten des Straßengeländes ist verboten. Der Petersburger Sowjet hat zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" in Moskau Truppen angefordert.

Ganz so wie unter Nikolaus II. Nur mit dem Unterschied, daß die Arbeiter damals wußten, woran sie waren, während sie heute irregeführt und irre werden an der Zukunft. Der Generalstreik in Rußland ist bei schwerster Strafe verboten!

Britischer Gewerkschaftskongreß.

London, 2. September. Zu dem gestern in Hull eröffneten britischen Gewerkschaftskongreß sind 700 Delegierte als Vertreter von 4½ Millionen Arbeitern erschienen. Anwesend waren u. a. auch 4 Vertreter aus Rußland. Das Parlamentsmitglied Purcell, Vorsitzender des Kongresses, sagte, daß es die Aufgabe der Arbeiter sein müsse, alle gesetzgebenden und führenden Aemter im Lande zu erobern. Er wies in Verbindung mit dem Dawes-Bericht darauf hin, daß die britischen Gewerkschaften darüber wachen müßten, daß die Reparationen, wenn sie bezahlt würden, nicht nachteilig für die Arbeiter sein dürften. Er warnte den Kongreß vor der Möglichkeit, daß die Opposition gegen den russischen Vertrag über das Schicksal der Regierung entscheiden könnte.

Lohndifferenzen für das Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues stehen bevor. Vom Arbeitgeberverband ist für die Oberlausitz die Lohntafel gekündigt worden, zu der die Bezirke Forst und Oberlausitz gehören. Von Arbeitgeberseite wird ein Lohnabbau von 20 Prozent gefordert. Die Bergarbeiter haben bereits in einer Sitzung zur Lage Stellung genommen.

Der Streik der Leipziger Straßenbahner ist beendet, nachdem die Stadtverordneten beschlossen, 66 Pf. Stundenlohn für gelernte Arbeiter, 60 Pf. für angelernte (darunter fällt das Fahrpersonal) und 55 Pf. für ungelernte Arbeiter auszuwerfen. Der Rat hat zugesagt, dagegen keinen Einspruch zu erheben. Die Frage des entlassenen Betriebsratsvorsitzenden erfährt eine besondere Regelung.

Genossenschaftsbewegung.

Folgen konsumgenossenschaftlicher Untreue.

Der Konsumverein in Windisch-Eschenbach (Obpf.) gab an seine Mitglieder ein von auswärts bezogenes 4-Pfund-Brot für 58 Pf. ab, während ein solches bei den Bäckern 60 Pf. kostete. Der Effekt war steigender Brotumsatz im Verein, sinkender Umsatz bei den Bäckern. Das veranlaßte diese zu einem Kampfpreise von 55 Pf. Der Verein ging auf den gleichen Preis herunter. Die Folge war — erhebliche Umsatzverringerung beim Verein, bis dieser die Brotabgabe gänzlich einstellte. Und nun? Nun kostet das Brot den Verbrauchern in Windisch-Eschenbach wieder — 60 Pf. Das kommt von der genossenschaftlichen Untreue.

Förderung des Sparsinns. Der Konsumverein „Eintracht" (Essen) gibt für seine Mitglieder unter dem Schlagwort: „Die Sparkasse in der Tasche" Sparkarten mit 20 Feldern für 10 Pf. aus, in die Sparmarken von 50 Pf. geklebt werden können. Ist die Karte vollgeklebt, so kann der Gesamtbetrag gegen Ware oder bares Geld umgetauscht oder auf ein Sparbuch überschrieben werden. Die Anlage ist wertbeständig und zurzeit mit 12 Prozent verzinsbar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409021-14/fragment/page=0007

Kunst • Wissenschaft • Leben

Von Berlin nach Holland.

Von **Kurt Heinig (Berlin).**

Vorwort. Solch eine Reise ist ganz einfach: Vormittags ½9 Uhr setzt man sich im Hafen der Aero-Lloyd-A.-G. in Berlin-Staaken in einem der Korbsessel des Flugzeugs behaglich zurecht. Mittagbrot kann man dann etwas nach 1 Uhr in Amsterdam in der Kalverstraat essen. Das ist keine Hexerei, sondern nur Geschwindigkeit.

Columbus war von einer Idee besessen und hatte einen Glauben, als er sich mit seinen holzernen Karavellen aufs scheinbar unendliche Meer wagte. Die Flugzeugpassagiere von heute denken sich nichts Besonderes dabei, wenn sie, von 460 Pferdekräften gezogen, hinter Glasfenstern, Luftkapitän und Steuermann um ihr irdisches Heil besorgt, mit 130 Kilometer Stundengeschwindigkeit den Äther durchrasen. Die Welt hat sich seit der Entdeckung Amerikas einigermaßen verändert: Wir bekommen Geigenfoli und Börsenkurse drahtlos ins Haus geliefert, vermögen unter Wasser zu fahren, in der Luft zu fliegen, beleuchten ganze Provinzen mit Kraft, die in einigen Drähten transportiert wird, und können in 10 Sekunden hunderttausend Lebewesen mitsamt ihrer Stadt vergiften oder in den Himmel sprengen. Ob die Menschen inzwischen glücklicher geworden sind, das festzustellen wäre eine große Aufgabe für eine Sachverständigenkommission.

Philosophische Luftreiseergebnisse. Je weiter der Boden unter Dir fortstürzt, um so kleiner werden die irdischen Tatsachen.

Alle Wege der Erde, einschließlich der Eisenbahnlinien, sind Umwege.

Die Luft kennt keine Landesgrenzen.

Nicht jeder Mensch kann ein Ikarus sein. (Deswegen bekommt man ein Speinäpfchen unter seinen Sitzplatz.)

Je höher Du steigst, um so weiter wird Dein Horizont. (Aus diesem Grunde dürfen auch nur die Reichen schnell fahren: hoch fliegen und sich in der Welt umsehen.)

Die Luft kann niemand streitig gemacht werden. (Sonst hätte man schon im Weltkrieg im Namen Gottes ganze Völker erstickt.)

Und so weiter und so weiter.

Amsterdam. Es ist eine saubere Stadt, von vielen Grachten durchzogen. Die Leute, die Geld haben, wohnen in der von schönen Bäumen beschatteten Heerengracht oder in der Keizergracht, die Armen hausen im Jordaans, dem Amsterdamer Scheunenviertel. Hier wohnt mehr kleinbürgerliches, individualistisches Proletariat, weniger der Industriearbeiter. Dort, wo die Vornehmen wohnen, findest Du eine Menge Firmennamen, die Dir sehr bekannt vorkommen. Das sind so kleine Tochtergründungen, die aus „Zweckmäßigkeitsgründen" jenseits der deutschen Finanzämter geschaffen wurden.

Eigentliche Wohnungsnot derjenigen, die Miete zahlen können, hat Amsterdam nicht. Man findet oder stinkige Grachten, auf denen in selbgemachten kleinen Zillen Elendsvolk in schrecklichen Zuständen lebt, und das mitten im dichtbevölkerten Stadtteil. Es wurden während der jüngst vergangenen Jahre im Auftrage der Stadt ganze Viertel durch die modernsten Architekten aufgebaut. So gibt es leerstehende Drei- und Vierzimmerwohnungen zum Aussuchen! Der Amsterdamer Arbeiter zahlt aber ein Fünftel bis ein Viertel seines Einkommens für Miete.

Die Fassaden der neuen Wohnhausblöcke sind interessant, mutig, eigenartig, aber doch nur eine Mischung von normannischen Fesungslinien und Siedlungshausmotiven. Und die Zimmer sind meist sehr klein. Jede Wohnung hat ihre eigene Haustreppe. Das ist eine wahre Krankheit an holländischer Eigenart. Man findet vier, ja sechs schmalste Türchen nebeneinander. Sie werden von den Wohnungen aus mit einem Strickzug geöffnet. Die Treppen sind steil wie Hühnerleitern; hier kein Kinderwagen heraufholen, ist ein Transportarbeiterkunststück, das einen Lohnzuschlag berechtigt erscheinen läßt. Deswegen hat auch das moderne Haus seinen Außenkram wie der mittelalterliche Speicher. Hier wandern die Möbel hinauf und hinunter, ja sogar der Sarg muß diesen Weg machen.

Unsere üblichen Fenster, zweiflügelig, sind hier wenig bekannt. Sie sind nur nach oben verschiebbar. So entwickelte sich ein beachtlicher Fensterputzerberuf. Tagaus, tagein klettern auf langen, spitz zulaufenden Leitern die Fensterputzer von der Straße aus zwei, ja drei Stock hoch zu ihrer Arbeit. Es wäre interessant, zu untersuchen, wann das zweiflügelige „französische" Fenster entstand, warum in Holland die Tradition einfror, noch heute an Prinzipien festgehalten wird, die ihren Zusammenhang und Sinn in der Vergangenheit haben.

Amsterdam und Deutschland. Holland ist Nachbarland Deutschlands, man hört viel deutsch sprechen, fast jeder Schutzmann versteht die deutsche Sprache. Auf den Warenhäusern, die jetzt ihren Sommerausverkauf betreiben, klattern die Fahnen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Englands und Hollands fröhlich im Winde. Für uns gilt hier Schwarz-Rot-Gold. Nur an einem Schnapslokal sah ich Schwarz-Weiß-Rot.

Am Leitsche Plein fragte mich ein junger Mann nebst einer etwas dünn geratenen Thusnelda nach dem Rijksmuseum. Glückstrahlend sah ich: er hatte das Stahlhelm-Abzeichen angesteckt. Ich habe ihm darauf genau den Weg nach der Judenbreestraat beschrieben (die Hauptstraße des Judenviertels). Was sollte der Mann auch bei Rembrandt? Die von Rembrandt gemalte „Nachtwache" hätte den Kerl doch nur verhetzt und wir wären womöglich wegen Ausfuhr mangelhafter Ebenbilder Gottes in internationale Verwicklungen geraten.

Holland und Deutschland sind aufeinander angewiesen. Das wird einem auch in Kaufmannskreisen ganz offen bestätigt. Nur wurde ein Nachsatz angefügt: Der deutsche Industrielle und Händler muß erst wieder anständig werden. „Heute gilt hier das Wort eines englischen Kaufmanns mehr als der Vertrag mit einem Deutschen!"

Holland hat natürlich an Deutschland während des Krieges und bis 1921 viel verdient, es ist dann aber an der deutschen Mark und auch sonst viel verloren worden.

Die holländische Wirtschaft. Hier gibt es fortlaufend viele Arbeitslose trotz der großen Aufgaben, die von Kommunen und Staat gestellt wurden und werden. Ich sah schon vom Flugzeug aus, daß in der holländischen Niederung riesenhafte Flächen aufgeforstet, neu unter Kultur gebracht worden sind. Auch mit der Trockenlegung der flachen Teile des Zuiderzees beschäftigt man sich viel. Dennoch: die holländische Wirtschaft macht, im besonderen vom Amsterdamer Hafen aus gesehen, einen nicht erfreulichen Eindruck. Man stößt überall auf leerstehende Lagerhäuser, stilliegende Werften, geschlossene Maschinenfabriken und — wie man mir sagte — seit Jahren auf Fracht wartende Ueberseedampfer.

Es wäre falsch, auch hier nur eine einfach-schlechte Konjunktur anzunehmen. Das Problem liegt anders. Durch den Krieg haben sich auch in Holland die Hausse und im besonderen die daraus erzielten Gewinne in Gestalt von Neugründungen, Sachwertbildungen ausgewirkt. Das ist aber ebenso in den früheren überseeischen Absatzgebieten Europas geschehen. Der Standort der Weltindustrien hat sich also verschoben und die Industrien sind vergrößert worden. An Stelle von Waren sind zehn Jahre lang Werkzeugmaschinen exportiert worden. Diese machen so manchen Fabrikate-Export heute überflüssig; das bedeutet, da Europa für sich dennoch viel Rohmaterial und Nahrungsmittel braucht, die passive Handelsbilanz der alten Welt — deswegen ist die derzeitige europäische Wirtschaftskrise die Folge einer Neuverteilung des Weltmarktes, die sich aus der industriellen Entwicklung der nichteuropäischen Erdteile ergeben hat.

Der IGB. In Amsterdam sitzt im Herzen der Stadt, in einem stattlichen Hause, der Kopf der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung der Welt, der Internationale Gewerkschaftsbund, die Amsterdamer Internationale. Du siehst es dem geräuschlos laufenden Betriebe nicht an, daß sich von hier aus immer neue dichtere Fäden um die arbeitende Welt spinnen. Hier registrieren sich automatisch die Not, die Abwehrkämpfe, die Methoden des proletarischen Widerstands gegen die Auswirkungen jener industriellen Weltkrise, von der wir eben sprachen. Wenn Moskauer Haß Steine verrücken könnte, stünde das Haus des IGB. schon lange nicht mehr.

Abschied von Holland. Du merkst ihn kaum. Das Flugzeug zieht seine Bahn über die Rheinmündungen. Rotterdam liegt links von uns zwischen den Quadraten seiner Hafenbecken. Schon flattern unten am Badestrande belgische Fahnen neben den Resten der deutschen Küstenbefestigungen und Friedhöfen. Dann kommt für kurze Zeit französische Küste. Der Kurs geht nach England, nach London, wir überqueren den Kanal.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Zu Lassalles 60. Todestag.

Da stieg er auf, als es noch finster war.
Schön wie ein Stern. Schon wich die Nacht:
Er stand im Feuer, und die große Schar
Der Arbeitsbrüder war erwacht.
Da ließ er seine Flammenfahnen weh'n.
In seiner Rede war Gewalt und Recht.
Die zu ihm kamen dumpf als Knecht,
Ließ er als freie Männer und Genossen geh'n.
„Die besten müssen springen in den Riß der Zeit".
So predigt er, „nur so befreit
Ihr euch von Not und Kerker.
Der Feind ist stark, doch ihr seid stärker!"

Die Zukunft donnerte in seinem Wort.
Schon sah er schön das neue Land.
Das riß ihn weit mit Feuerflügeln fort.
Im Vorsturz gab er den Genossen seine Hand.
Doch stürzte er zu weit hervor.
Bis an die Sterne streifte seine Bahn.
Die alte Erde zog ihn mächtig an.
Sein Herz, die Trommel, schlug: „Empor!"
Dann sprang er in den Riß der Zeit.
Da hat ihn jäh ein Schuß befreit.
Die Seele brach den Kerker.
Stark ist der Tod. Der Geist ist stärker.

Max Barthel.

Fünf Millionen Purzelbäume.

Herr Takkenberg aus Amsterdam und die Deutschnationalen.

Von **Troll.**

Aus Amsterdam stammt ein übergeschnappter Mann namens Takkenberg, der mit einem andern Uebergeschnappten vermutlich in stark alkoholisiertem Zustand — die holländischen Bols-Liköre können selbst normal Veranlagten gefährlich werden — folgende verrückte Wette abgeschlossen hat: Besagter Takkenberg verpflichtet sich, die Reise von Amsterdam nach Marseille purzelbaumschlagend zurückzulegen. Jetzt ist er in Paris eingetroffen und hat dort dem Vertreter eines französischen Blattes erzählt, er habe Amsterdam am 12. November 1923 verlassen und hoffe, am 12. Februar 1925 in Marseille einzutreffen. Dies ist eine Strecke von ungefähr 1500 Kilometern, auf der er fünf Millionen Purzelbäume schlagen müsse.

Es muß ein putziger Anblick für die französischen Bauern sein, wenn so ein radschlagender Mensch auf einer Landstraße zwischen hohen Pappelreihen dahergepurzelt kommt. Vernünftige Bauern werden mit einem Eimer voll kalten Brunnenwasser den Purzelmann empfangen. Andersveranlagte mit dem Sport- und Rekordfimmel ihn bewundern.

Und ist es etwa kein Rekord: vom 12. November 1923 bis 12. Februar 1925 auf einer Strecke von 1500 Kilometern fünf Millionen Purzelbäume machen?

Ich, als Deutschgeborener, sage: Nein!

Einem Holländer, Belgier oder Franzosen mag das imponieren. Uns Deutschen aber nicht!

Wir haben in Deutschland Politiker, die schlagen nicht nur vom 12. November 1923 bis 12. Februar 1925, die schlagen ihr ganzes Leben lang Purzelbäume.

Gegenüber unseren Deutschnationalen, gegenüber einem Hergt und Genossen, gerade jetzt in den Tagen der Abstimmung über das Londoner Abkommen, ist Herr Takkenberg aus Amsterdam, z. Zt. radschlagenderweise in Paris, ein Waisenknabe.

Die halten nach wie vor den Weltrekord im Purzelbaumschlagen!

Hatten wir vor dem Kriege in den Nationalliberalen die Leute der ewigen „Drehscheibe", so haben wir jetzt in den Deutschnationalen die Partei des Radschlagens.

Doch noch eins zur sachlichen Richtigstellung: Herr Takkenberg aus Amsterdam legt bei seinem Purzelbaumschlagen 1500 Kilometer zurück. Unsere Hergtianer (Deutschnationalen) machen ihre Purzelbäume aber auf der Drehscheibe, so daß ihre radschlagende Körperbewegung sie nicht von der Stelle bringt.

Der Zuschauer aber amüsiert sich so gut wie im Zirkus, wenn die Hergtianer wie „dumme Auguste" ihre Purzelbäume schlagen.

„Bitäih . . . herrreinspaziert, meine Herrr . . . schaften! Gleich beginnt die nächste Vorstellung im Zirrrkus Hergt! Unsere Clowns schlagen am längsten und am besten Rad-Purzelbäume ohne Erde. Auf der Drehscheibe! Sie lachen sich tot! Eintritt nurr . . . mißig Fennige! Immer herrreinspaziert!"

„Herr Takkenberg aus Amsterdam, z. Zt. radschlagenderweise in Paris, Sie werden zugeben müssen, daß Sie da nicht mehr mitkönnen."

Da aber bei solch lebenslänglichen Purzelbäumen auf der Drehscheibe wesentliche Teile der Gehirnmasse durcheinandergeschüttelt, d. h. verrückt werden, ist es begreiflich, daß den Deutschnationalen vor lauter Radschlagen der Rat ausgegangen ist.

Eine Wasserleitung unter der Elbe. Eine interessante Wasserleitungsanlage ist kürzlich von einer Lebensmittelfabrik bei Barby an der Elbe gebaut worden. Um eine tägliche Wassermenge von 12 000 bis 16 000 Kubikmeter für ihren Betrieb zu erhalten, entschloß man sich, da sonst kein geeignetes Wasser vorhanden war, am jenseitigen Ufer in 200 Meter Entfernung vom Flusse eine Wasserfassung vorzunehmen. Das Wasser wurde mit 22 Rohrbrunnen durch eine Drücker-Rohrleitung unter der Elbe durchgeführt. Die Pumpwerkanlagen haben elektrisch angeleitete Kreiselpumpen. Am anderen Ufer wird das stark eisenhaltige Wasser vom Eisen befreit und der Versorgungsstelle zugeführt.

Zehn Jahre!

Von **Ernst Toller.**

In diesen Tagen ward schreckhaft mir Erlebnis, das aufritt zum grausig-lächerlichen Ereignis: das Antlitz dieser Zeiten. Ich stand auf einem abendlichen Felde im Palmengarten. In den Lüften, knatternd und prasselnd im Farbenspiel kreisender Lichtgestalten, zerstoben flirrend Raketen. Eine Stimme neben mir, selig verzückt, sprach vor sich hin: Wie an der Front. Und einer Frau Echo, träumerisch: Wie an der Front!

Da krampften zusammen sich meine Hände, da wollte ein Schrei meiner Kehle Beschwörung werden und bittender Ruf: Ihr lügt! Ihr lügt! Erinnert euch! Erinnert euch! Von kreisenden Blendlichtern seid ihr berauscht, wieder berauscht! O erinnert euch doch! Erinnert euch!

Schon ward ich fortgerissen im Strudel der Menge und es wölbte sich in unendlicher Stille der gestirnte Himmel.

Sei nicht stolz, Mann, daß du hier stehst und deine Fäuste ballst wider den Krieg. Was tatest du vor zehn Jahren? Was tatest du wider den Krieg? Ob du Deutscher oder Franzose, Engländer oder Amerikaner, was tatest du wider den Krieg? Hurra! schriest du, Hussa! Eljen! Eviva la guerra! Das tatest du!

Sei nicht stolz, Frau, daß du hier stehst, wissender als deine blinden Schwestern, und den Krieg anklagst, der dir Mann nahm, Bruder und Sohn! Ob du Deutsche, Französin, Engländerin oder Amerikanerin, was tatest du wider den Krieg? Mit sommerlichen Blumen schmücktest du Mann und Geliebten, Sohn und Bruder, beschwingt aufleuchteten deine Augen und schwer von schmerzlich-süßer Trunkenheit ließest du ihn ziehen. Nicht warfst du dich vor die Züge — ließest ihn ziehen!

Was tatest du, Jugend? Dein Wort war Jubel, dein Schritt Trommelklang und: Auf in den Krieg!

Man sagt und ihr alle werdet mir antworten, man hat uns gezwungen. Wer kann den Menschen zwingen? Niemand kann den Menschen zwingen! Verblendete waren wir, Knechte! Knechte! Wir Menschen hier, wir alle, alle waren es, die Granaten schmiedeten und brauten die giftigen Gase schwelenden Mordes. Wir, wir alle waren es, die Bomben warfen auf zuckende Städte.

Kameraden, denkt zurück! Hört ihr im Drahtverhau schreien den hilflos Sterbenden? Fühlt ihr die klagende Stille gemordeter Wälder? Hört ihr das dumpfe Gebrüll verlassener Tiere?

Menschen, Tiere, Wälder — gemordet! — gemordet, gemordet!

Ihr Millionen Tote des Weltkrieges! Euch rufe ich an in dieser Stunde. Feinde? Arme, geopferte Menschen! O Umarmung befreundeter Leiber im Massengrab Europas, Asiens, Afrikas!

Ach, Genossen, die Stunde fand eine Generation, die versagte. Ja, alle haben wir versagt! Das Proletariat der Welt, es hat versagt!

O, daß dieses Wort eure Herzen krallte mit den Millionen Händen der auf allen Schlachtfeldern der Welt sinnlos Geopferten. Wir haben versagt!

Eine Generation versagte, in der der Geist, der Geist der Internationale hätte aufblühen sollen! Genosse kämpfte wider den Genossen, Genossin verfluchte die Genossin! Und nicht verfinsterte sich der Himmel in uns. Und nicht erlosch der Herzschlag unseres Blutes.

Da stand ein Mann auf, Karl Liebknecht. Da standen auf die namenlosen Rebellen, erschossen, füsiliert an Mauern und Gräben!

Sie blieben allein.

Der Krieg starb. An sich selbst starb er. An sich selbst starb er, nicht an dem metallnen Willen der Völker.

Und das, ihr werktätigen Völker der Erde, ward euer zweites Verbrechen wider den Geist der Internationale. Ihr hättet den Krieg sterben lassen können nach dem Rausch der ersten Monate. Ihr tatet es nicht! Ihr ließet ihn leben, fünf Jahre lang, bis er an sich selbst starb.

Nun saten fünf Jahre des Friedens auf uns. Des Friedens? Gigantisches Drahtverhau, gespannt über die Felder der Welt, ward der Friede. Darin krümmten sich die Völker, darin stöhnen sie, daran ächzen sie, suchen den Traum des Friedens, der einst selig sie durchpulste.

Friede?

Gelächter — woher?

Aus Gefängnissen, Zuchthäusern. Gelächter geketteter Revolutionäre!

Friede? Friede?

Führen nicht Herren Tag um Tag Krieg wider die proletarischen Völker? Einen zähen, unendlichen Krieg?

Wacht auf, ihr Völker! Wacht auf!

Es ist ein Weg! Es ist ein Weg!

Werktätige Völker der Erde, bündet euch, bündet euch!

Das Fundament, das euch trägt, ward pestens vom Verwesungshauch der Leiber, die geopfert wurden gleißender Lüge, goldsüchtigem Gierwillen, der sich hüllt in die Toga vaterländischer Prunkworte.

Völker der Erde: schafft ein neues Fundament!

Ihr könntet es schaffen! Ihr könntet es schaffen! O! Daß meine Stimme euch anrührte, o, daß sie dich, revolutionäre Jugend, anrührte.

Wirket die Tat!

Nieder der Krieg! Nieder der Krieg!

Es lebe, es lebe der revolutionäre Bund freier, befreiter Völker!

Es lebe: die künftige, geeinigte Internationale!

Beherbergt der Weltraum Bakterien?

Ein amerikanischer Gelehrter hat die Frage aufgeworfen, ob sich auch im interplanetarischen Raum Mikroorganismen aufhalten können, und ob es ihnen möglich ist, bis zur Erde zu gelangen und hier als Krankheitserreger wirksam zu werden. Es würde sich dann auch der Ursprung verschiedener neuer Krankheiten und unerklärlicher organischer Störungen erklären, die den Aerzten bisher ein Rätsel sind. Der hier erörterte Gedanke ist nicht neu; er wurde zum erstenmal von dem englischen Physiker William Thomson, dem späteren Lord Kelvin, aufgestellt. Lord Kelvin vertrat auch die These, daß das Leben auf der Erde durch die Meteore hervorgebracht worden sei. Nach seiner Annahme könnten die Krankheitskeime, die sich in der Atmosphäre eines in der Zusammensetzung der Erde ähnlichen Planeten aufhalten, allmählich in immer höhere Regionen aufsteigen, in denen beständig Wirbelwinde herrschen. So könnte es wohl geschehen, daß nach Heraustreten aus der Atmosphäre eines Planeten die Bakterien, da sie nicht mehr dem Schweregesetz unterworfen sind, eine gewisse Zeit im Weltraum herumirren, bis sie in ihrem Lauf der Anziehung eines anderen Planeten unterliegen, wo sie aufs neue ihrer Entwicklung günstige Lebensbedingungen vorfinden. Diese Theorie sieht sich durch die jüngst festgestellte Tatsache begründet, nach der die Bakterien auch unter außerordentlich niedrigen Temperaturen, wie sie im interplanetarischen Raum herrschen, zu existieren vermögen. Es ist also durchaus nicht unmöglich, daß Infektionskeime aus dem freien Weltenraum auf die Erde gelangen und uns hier mit neuen Krankheiten überraschen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409021-14/fragment/page=0008